Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 35 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 11. Februar 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Die Debatte in Genf geht weiter

In der Mittwoch-Sitzung der Abrüstungskonferenz nahm der italienische Außenminister Grandi das Wort zu einer Rede, die wir schon in gestriger Ausgabe zum Abdruck brachten.

Nach Grandi sprach

der japanische Delegationsführer, Botschafter Matsudeira,

der erklärte, trotz der unglücklichen Lage in Ostasien sei Japan so entschieden wie je dazu entschlossen, die Sache der Abrüstungskonferenz zu fördern. Matsudeira erklärte, die japanische Delegation sei

bereit, den Konventionsentwurf als Grundlage der weiteren Arbeiten anzunehmen.

Der Vertreter Japans machte geltend, daß die japanischen Streitkräfte in einzelnen Waffengattungen hinter der westeuropäischen Entwicklung noch sehr weit zurück seien. Eingehend erörterte er das Flottenproblem. Hoffentlich werde die Londoner Deklaration über die Einschränkung des Gebrauchs der Unterseeboote die Zustimmung aller Seemächte finden und auf die anderen Kriegsschiffstypen ausgedehnt werden können. Den Vorschlägen über das Verbot von Luftbombardements und der Verwendung von Giftgasen und Bakterien stimme die japanische Delegation vollkommen zu. Japan sei bereit, an einem gerechten praktischen Abkommen mitzuarbeiten, durch das die Begrenzung und die Herabsetzung der Rüstungen am besten bewirkt werde, jedoch dürfe die nationale Sicherheit nicht gefährdet werden.

Die französische These wurde am Mittwoch zum ersten Male unterstützt, und zwar von dem

polnischen Außenminister Zaleski

Er begann mit einem Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung und die geographische Lage Polens, die in dem polnischen Memorandum vom 14. September 1931 als Begründung für die Aufrechterhaltung des polnischen Rüstungsstandes angeführt wird. Zaleski forderte, daß der Konventionsentwurf die Hauptbasis für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz bilden solle. Dieser Entwurf müsse aber im Sinne der polnischen Auffassung ergänzt werden. Zaleski erklärte, daß die sogenannte

indirekte Methode auf dem Wege der Budgetbegrenzung das einzig wirksame Mittel

sei, um zu einer Abrüstung zu gelangen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen trat Zaleski

im Sinne des französischen Memorandums

für die Schaffung eines organisierten internationalen Sicherheits- und Sanktionssystems ein.

Die Debatte wurde dann auf Donnerstag vormittag vertagt.

Grandis Worte eine willkommene Ergänzung der Rede Brünings

Die Wirkung der Rede des italienischen Außenministers war, so wird aus Genf berichtet, sehr stark. Großer Beifall wurde dem Vertreter Italiens, als er Gleichberechtigung für alle Staaten forderte und mit besonderer Betonung erklärte, daß die einseitigen Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht dazu da seien, eine ständige militärische Unterlegenheit Deutschlands und seiner Verbündeten gegenüber den anderen Staaten zu schaffen.

Die Rede Grandis bildete eine willkommene Ergänzung der Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning. Daß der Vertreter einer hochgerüsteten Großmacht die Formel gebrauchte, die militärisch stärksten Staaten müßten auf der Abrüstungskonferenz die größten Opfer bringen, daß der Vertreter einer Großmacht, die sich bisher ungehindert am internationalen Wettrüsten beteiligen konnte, so energisch die Abrüstung der großen Militärmächte forderte und damit die Forderungen aufstellte, die auch selbstverständlich deutsche Forderungen sind, ist besonders zu begrüßen.

Grandi wurde nach Schluß seiner Rede von mehreren Delegierten, darunter Botschafter Nadolny, dem amerikanischen Botschafter Gibson und Sir John Simon herzlichst begrüßt.

Reichskanzler Brüning auf der Abrüstungskonferenz in Genf



Die erste Aufnahme von der großen Abrüstungsrede des Reichskanzlers Dr. Brüning vor der Weltabrüstungskonferenz. Im Hintergrund (rechts auf dem großen Stuhl) der Präsident der Konferenz, der frühere englische Außenminister Henderson

Das internationale Echo der Rede Brünings

Der Genfer Reuter-Korrespondent

sagt: Abgesehen von einigen ironischen Bemerkungen, die in französischen Kreisen geäußert wurden, hat die Rede des deutschen Reichskanzlers allgemeine Billigung gefunden. — Sie war eine klare, offene und feste Darstellung des deutschen Standpunktes, vermied aber jede Uebertreibung und zeigte Zurückhaltung und Maß. Die Aufnahme der Rede unter der außergewöhnlichen Zuhörerschaft war sehr günstig. Die ganze Versammlung war auf Dr. Brünings Seite und bezeugte dies durch häufigen Beifall.

Französische Pressestimmen

Die Rede des Reichskanzlers vor der Abrüstungskonferenz wird von der gesamten französischen Presse in zurückhaltendem Ton besprochen. Im allgemeinen wird jedoch die Tendenz für Gleichheit der Rechte und Gleichheit der Pflichten abgelehnt. Im übrigen aber wird festgestellt, daß der Reichskanzler, wenn auch verschleiert, den alten deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage insgesamt aufrechterhalten habe.

„Petit Journal" schreibt: Dr. Brüning hat, indem er fortwährend die Ungleichheit der Rechte betonte, nur feierlich Gedankengänge proklamiert, die bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht worden sind; aber er hat das Verdienst gehabt, dies freimütig in einer geschickten und absichtlich gemäßigten Form zu tun. — **„Oeuvre"** fragt, ob unter gleichen Grundsätzen der Abrüstung summarische Methoden zu verstehen seien und ob damit die Sicherheit für alle Völker die gleiche sein würde. — **„Republique"** nennt Brünings Rede sehr gemäßigt und hebt hervor, daß sie keine Formel enthalte, die den Plan Tardieus zunichte zu machen strebe. — Der offiziöse **„Petit Parisien"** hält die Rede Dr. Brünings für völlig negativ, spricht ihr jede konstruktive Anregung ab und bezeichnet sie als eine Bekräftigung des moralischen und juristischen Rechtes, das das bewaffnete Deutschland angeblich habe, jetzt das Abrüstungsproblem auf der Grundlage gleicher Rechte und einer für alle Völker gleichen Sicherheit gelöst zu sehen. — Der Berichterstatter des **„Matin"** weist auf die besonders freundliche Aufnahme hin, die Dr. Brünings Rede in Genf gefunden hat. Er schreibt, man dürfe die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß Deutschland in Genf Sympathien genieße. Zweifellos bestehe in Genf eine prodeutsche Mystik, die der Kanzler bewunderungswürdig fördere — **„Journal"** erklärt: Brünings Rede ist ebenso gemäßigt in der Form wie radikal in ihrem Inhalt — **„Echo de Paris"** will in Dr. Brünings Rede nichts anderes erblicken als das Revanchespiel. — **„Homme libre"** meint, man müsse die Seelenruhe bewundern, mit der Reichskanzler Dr. Brüning erklärt habe, Deutschland würde keinen Pfennig mehr zahlen. — Die radikale **„Ere Nouvelle"** glaubt, die Rede des Kanzlers rechtfertige die französische These, daß der Völkerbund ein Schwert brauche, um Recht und Gleichheit üben zu können. — Der sozialistische **„Populaire"** lehnt Brünings Rede deshalb ab, weil nach seiner Ansicht der Kanzler die Frage der Aufrüstung Deutschlands in verschleierter Form habe hineingleiten lassen.

Die Meinungen in England

Die englischen Blätter würdigen eingehend die „klare, feste Forderung" des deutschen Reichskanzlers nach Gleichberechtigung Deutschlands.

Der Genfer Vertreter der **„Morning Post"** sagt, die Kundgebungen, die Dr. Brüning zuteil wurden, seien zum Teil auf den Glauben zurückzuführen, daß Deutschland heute der Hauptkämpfer für die Abrüstung sei. Sie seien aber auch eine Huldigung für die Persönlichkeit des Reichskanzlers gewesen. **„Daily Telegraph"** schreibt, während der französische Plan wenig Uebereinstimmung mit den Vorschlägen Englands und Amerikas aufweise, habe Dr. Brüning Forderungen aufgestellt, die diesen Vorschlägen ähnlich seien. **„Daily Mail"** sagt, die vier bisherigen Erklärungen hätten die Frage der Abrüstung wenig, wenn überhaupt, gefördert. Gibson und Dr. Brüning, von denen viel erwartet worden war, hätten merkwürdige Zurückhaltung gezeigt.

Der Sonderkorrespondent des **„Daily Herald"** meldet aus Genf, Dr. Brüning habe der Konferenz in höflicher Form den Fehdehandschuh hingeworfen, der in der Forderung nach Gleichberechtigung bestehe. Er habe zwar die natürliche Schlußfolgerung nicht ausgesprochen, daß Deutschland bei Nichterfüllung seiner Forderung das Recht zum Aufrüsten beanspruchen werde, aber diese Schlußfolgerung ergebe sich von selbst. Während andere Redner vorsichtige Worte wie „Begrenzung" oder „Verminderung" der Rüstungen brauchten, habe Dr. Brüning an dem unzweideutigen Wort „Abrüstung" festgehalten.

Aus den Blättern Newyorks

Die amerikanischen Blätter bringen ausführlich die Rede des Reichskanzlers.

„Herald Tribune" schreibt, Frankreich werde niemals die Unterstützung anderer Staaten für eine Völkerbundspolizei zur Unterdrückung Deutschlands finden, aber ebensowenig Deutschland eine Unterstützung zur Entwaffnung Frankreichs. Ohne Rüstungsbeschränkung aber würden Frankreichs Rüstungen eine steigende Bedrohung Deutschlands sein. Die Abrüstung sei daher erst möglich, nachdem die Politik geändert sei, die sich auf die Rüstungen stütze. **„Newyork Times"** bemerken zur Rede des Reichskanzlers, Dr. Brüning habe auf der Forderung Deutschlands bestanden, daß auch die anderen Nationen ihre Rüstungen entsprechend der Deutschland auferlegten Beschränkung verringerten. Niemand könne heute bezweifeln, daß Deutschland tatsächlich oder vermeintlich die moralische Zusicherung erhalten habe, daß die Abrüstung allgemein durchgeführt würde. Obwohl Deutschland nicht vor dem Weltgerichtshof den Nachweis für dieses garantierte Recht erbringen könne, erhebe der deutsche Standpunkt einen wirkungsvollen Anspruch auf dieses Recht, der moralischer, nicht richterlicher Natur im strengen Sinne sei.

Staatsminister Baum über die Einbürgerung Hitlers

Aus Weimar wird berichtet: Gegen eine Aeußerung des früheren Innenministers Dr. Frick, die Regierung Thüringens habe bei Erörterung der Einbürgerung Hitlers durchaus kein Verständnis dafür gezeigt, die Frage von sich aus „in deutschem Sinne zu erledigen", wendet sich Staatsminister Baum mit einer Erklärung, in der es heißt, daß er damals die Berechtigung dieses Wunsches „unumwunden" anerkannt habe. Allerdings habe er die Zumutung zurückgewiesen, gemeinsam mit Dr. Frick unter Ausschaltung des Kabinetts Hitler ein Staatsamt zu übertragen. Abschließend bemerkt Minister Baum, für ihn komme bei einer Einbürgerung Hitlers nur der gerade, offene, legale, der wahrhaft deutsche Weg, niemals aber eine Scheinmaßnahme in Frage.

Interessantes aus dem englischen Unterhause

Die englischen Liberalen für und gegen die Regierung

Bei der Abstimmung über die Zollvorlage im Unterhaus haben ebenso viele Liberale für wie gegen die Regierung gestimmt. Ihre Anzahl betrug auf beiden Seiten 32. Unter den Liberalen, die gegen die Regierung stimmten, befanden sich neun Minister, der Innenminister Sir Herbert Samuel und der Präsident des Unterrichtsamtes, Sir Donald Maclean, an der Spitze. Der Präsident des Handelsamtes, Runciman, und fünf weitere liberale Mitglieder gaben ihre Stimmen für die Regierung ab.

Arbeiterparteilicher Abänderungsantrag vom Unterhause abgelehnt

Das Unterhaus lehnte mit 345 gegen 62 Stimmen einen Abänderungsantrag der Arbeiterpartei ab, nach dem die Anwendung der allgemeinen Zollsätze ad valorem auf zwölf Monate begrenzt werden sollte.

Das Verbleiben der freihändlerischen Minister im Kabinett

Ein volles Haus und gedrängte Galerien lauschten am Mittwoch mit Spannung der ersten Rede Lord Snowdens im Oberhaus, in der er das Verbleiben der freihändlerischen Minister in der Regierung rechtfertigte. Snowden erklärte, die freihändlerischen Mitglieder der Regierung hätten von Anfang an betont, daß sie Tarife nicht ablehnen würden, falls diese zeitweilig notwendig und nützlich erschienen, aber daß sie keinen Anteil an der Einführung eines ständigen Schutzzollsystems haben könnten. Er hob noch einmal hervor, daß sie bereit wären, aus der Regierung auszuscheiden und nur auf nachdrücklichen Wunsch darin verblieben. Die Bedingung für ihr Verbleiben im Kabinett sei, daß die freihändlerischen Minister dieselbe Freiheit hätten, ihre Meinung zu vertreten, wie diejenigen, die anderer Ansicht seien. Snowden betonte, daß in den Fragen Reparationen, Kriegsschulden, Weltpolitik, Sparmaßnahmen, Abrüstung und Indien vollkommene Einigkeit innerhalb der Regierung bestehe.

Die Finanzlage der USA

Reuter meldet aus Washington, 10. Februar: Eine Nachprüfung der Voranschläge des Schatzamtes hat ergeben, daß die Lage weniger günstig ist als ursprünglich angenommen worden ist. Es zeigte sich nämlich, daß die Regierung im Jahre nicht, wie zuerst berechnet, 920 Millionen Dollar an neuen Einnahmen beschaffen muß, sondern 1241 Millionen Dollar. Der vorläufig aufgestellte Plan für eine Erhöhung der Einkommensteuer und anderer Abgaben hat sich auf die niedrigere Zahl bezogen.

Neue Kündigungen

Aus Beuthen, 10. Febr., meldet das Contibüro: Die Hohenzollerngrube der Gräflich Schaffgottschen Verwaltung in Schomberg hat sich genötigt gesehen, 900 Mann ihrer Belegschaft zu kündigen. Diese Kündigungen sind auf den ungeheuren Rückgang des Absatzes zurückzuführen. Von den 6000 Tonnen täglicher Förderung fehlen für mehr als 50% die Aufträge. Die Haldenvorräte sind auf etwa 180 000 Tonnen angewachsen. Die weitere Erschwerung des Absatzes ist auf die für Oberschlesien schädlichen Auswirkungen der neuen Vorzugstarife für die Ruhrkohle zurückzuführen, durch die der süddeutsche Markt fast vollständig verloren ging.

Wie die Oberschlesische Zeitung hierzu bemerkt, beleuchten die ausgesprochenen Kündigungen schlaglichtartig die Not der Bergarbeiterschaft. Obwohl wie bei den anderen Gruben, so auch auf der Hohenzollerngrube in den letzten Monaten nur 18 Schichten verfahren und in der vergangenen Woche sogar drei Feierschichten eingelegt wurden, hat sich die jetzige Belegschaft trotz der verminderten Beschäftigung nicht aufrechterhalten lassen. Infolge der vielen Feierschichten ist der Arbeitsverdienst der noch in Arbeit befindlichen vielfach hinter den Unterstützungen zurückgeblieben, die von der Erwerbslosenfürsorge und vom Wohlfahrtsamt gezahlt werden. Die in Bergarbeiterkreisen gehegten Hoffnungen, daß auf Grund der Massenentlassungen die Zahl der Feierschichten herabgesetzt werde, dürfte sich auch kaum verwirklichen, da auch bei dem jetzigen System der Feierschichten die vorliegenden Aufträge durch die Förderung bei weitem übertroffen werden, und man vor der Möglichkeit steht, daß noch weitere Kündigungen ausgesprochen werden müssen.

Polnische Steuerpfändungen gegen den Fürsten Pleß

Aus Genf, 10. Febr., wird berichtet: Wie heute hier bekannt geworden ist, haben die polnischen Behörden bei dem Prinzen Pleß, dessen Steuerstreit mit dem polnischen Staat seit Jahren vor dem Völkerbundsrat anhängig und immer noch nicht erledigt ist, am 6. 2. Pfändungen wegen der Steuerschuld vom Jahre 1930 in der Höhe von ca. einer Million Zloty vorgenommen. Diese Pfändungen sind erfolgt, obwohl eine bindende Erklärung Polens vorliegt, daß es bis zu der Entscheidung der zuständigen Instanz keine Zwangsmaßnahmen vornehmen werde. In hiesigen politischen Kreisen hat die Nachricht besonders deshalb großes Befremden hervorgerufen, weil noch wenige Tage vor dieser Zwangsmaßnahme der Berichterstatter im Völkerbundsrat bei der Begründung seines Berichts die Versicherung abgeben zu können glaubte, daß die polnische Regierung die Angelegenheit wohlwollend behandeln wird.

Anschlag auf das japanische Konsulat in Hamburg

Aus Hamburg, 10. Febr., wird berichtet: Etwa 20 Personen stimmten heute nachmittag vor dem japanischen Konsulat ein kommunistisches Lied an, und ein Mann warf einen mit einem roten Tuch umhüllten Stein durch ein großes Fenster in das Innere der Konsulatsräume, während drei andere vom Treppenhaus aus Steine durch die Türfenster schleuderten. Die von den Konsulatsangestellten aufgenommene Verfolgung war erfolglos, jedoch vermochte die Polizei einen Täter zu fassen.

Die Memel-Affaire

Neue Verhaftung

Landesdirektor Szigaud, das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, das noch im Amt war, ist am Dienstag ebenfalls von dem „Landesdirektor" Tolischus gewaltsam seines Amtes enthoben worden.

Deutschland läßt die Memel-Verhandlung nicht verschleppen

Der litauische Außenminister hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet. Nach einer Darstellung des Sachverhalts, die darin gipfelt, daß keine Rechtverletzung im Memel-Gebiet vorgekommen sei, erklärt er, daß die Behauptungen der deutschen Note über die Notwendigkeit der dringlichen Einberufung des Völkerbundsrates wegen einer besonders ernsten Lage im Memel-Gebiet jeder Begründung entbehrten. Es habe sich keinerlei Zwischenfall ereignet. Was die früheren Schritte der Reichsregierung wegen angeblicher Verletzung des Memelstatuts durch Litauen betreffe, die die deutsche Note erwähnt, so sei daran zu erinnern, daß auf Grund der erwähnten Schritte keinerlei Verletzung des Memelstatuts festgestellt worden sei, und daß die Reichsregierung im gegenwärtigen Fall den Tatsachen, die zur Absetzung des Präsidenten Böttcher führten, nicht fernstehe. Zaunius erklärte zum Schluß, daß er entschlossen sei, Litauen persönlich vor dem Völbundsrat zu vertreten, aber zu seinem Bedauern sich nicht vor dem 23. Februar nach Genf begeben könne.

*

Von unterrichteter Seite in Berlin wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Deutschland auf keinen Fall Verschleppungsversuche zugeben wird. Die deutsche Delegation in Genf wird mit aller Entschiedenheit die sofortige Behandlung der Vorkommnisse in Memel verlangen, auch wenn Litauen nicht vertreten sein sollte.

*

Als ein bezeichnender Ausdruck der in Genf herrschenden Stimmung sieht man in deutschen politischen Kreisen eine Aeußerung an, die das Journal de Geneve brachte. Das Blatt hat es als lächerlich bezeichnet, die in Berlin geführten Verhandlungen des Memeldirektoriums, Böttcher, als einen Akt des Hochverrats anzusehen und Böttcher auf Grund dieser Verhandlungen zu verhaften. Das Blatt schreibt weiter, Litauen habe unbedingt nur eine Gelegenheit gesucht, um einen Gewaltstreich gegen das Memelland zu führen. Die Memelkonvention zeichne sich nicht durch besondere Klarheit aus und enthalte in Sonderfällen Rechtsfragen, die Litauen auszunutzen versuche.

Aus Genf, 10. Febr., meldet das Wolffbüro: Die Antwort der litauischen Regierung in der Memelfrage wird den deutschen Vertreter im Völkerbundsrat veranlassen, darauf zu bestehen, daß noch in dieser Woche der Völkerbundsrat zusammentritt, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Dies zügliche Schritte sind bereits eingeleitet. Es kommt selbstverständlich nicht in Frage, daß der Völkerbundsrat mit der Behandlung bis zu dem von dem litauischen Außenminister genannten Termin, den 23. Februar, wartet.

Ratssitzung ohne Vertreter Litauens?

Bülow bei Drummond

Staatssekretär von Bülow stattete am Mittwochnachmittag dem Generalsekretär des Völkerbundes in Genf einen längeren Besuch ab, wobei die weitere Behandlung der Memelfrage erörtert wurde. Gleichzeitig fand eine Unterredung zwischen dem Leiter der politischen Abteilung des Völkerbundes, dem japanischen Untergeneralsekretär Sugimura und dem Ministerialdirektor Meyer statt.

Das Völkerbundssekretariat hat sich am Mittwoch von neuem telephonisch und telegraphisch mit der litauischen Regierung in Verbindung gesetzt, um festzustellen, ob und wann der litauische Außenminister Zaunius in Genf eintrifft.

Auf deutscher Seite hat man nach der herausfordernden letzten Note der litauischen Regierung von neuem den sofortigen Zusammentritt des Völkerbundsrates gefordert. Die Festsetzung der Sitzung des Völkerbundsrates hängt nunmehr davon ab, ob Zaunius bis Freitag früh in Genf eintrifft. Sollte die litauische Regierung an ihrer bisherigen Methode der Sabotage des Ratsverfahrens festhalten, so wird von deutscher Seite bereits für Donnerstag oder Freitag eine Sitzung des Völkerbundsrates ohne einen litauischen Vertreter gefordert werden.

Zaunius doch „schon" am 18. Februar in Genf

Aus Kowno wird gemeldet: Auf die erneute telegraphische Anfrage des Völkerbundssekretariats, ob und wann die litauische Regierung ihren Vertreter nach Genf zu entsenden gedenke, hat die litauische Regierung geantwortet, daß, falls der Rat die Behandlung der deutschen Memelbeschwerde dringend notwendig befinden sollte, Außenminister Zaunius, soweit es sein Gesundheitszustand zulassen sollte, „schon" am 18. Februar in Genf eintreffen werde.

Mordanschlag auf den früheren nationalsozialistischen Abg. Dr. Schäfer

Die Polizeidirektion Zwickau teilt mit: In der Nacht zum 10. Februar hat ein Unbekannter auf den aus den Vorgängen in Hessen bekannten früheren nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Schäfer einen Mordanschlag begangen. Dr. Schäfer hatte am Dienstag abend in Werdau gesprochen. Er war dann nach Zwickau gefahren und hatte hier eine Gastwirtschaft aufgesucht. Nach ½2 Uhr befand er sich auf dem Wege nach seinem Hotel. Als er über den Rathenauplatz ging, fiel plötzlich ein Schuß, der ihn am rechten Oberarm verletzte. Dr. Schäfer konnte nicht angeben, wer den Schuß abgegeben hat. Er hat auch niemand in seiner Nähe gesehen. Als der Schuß fiel, fuhr ein Kraftwagen, der nicht erkannt worden ist, an ihm vorbei. Kurz darauf haben einige Personen einen jungen Mann im blauen Anzug ohne Kopfbedeckung die Wilhelm-Straße Richtung Hauptmarkt laufen sehen. Es ist anzunehmen, daß dieser junge Mann der Täter gewesen ist.

Dr. Schäfer hat eine so schwere Verletzung erlitten, daß er in das Zwickauer Krankenstift überführt werden mußte.

Er sollte Mittwoch abend in Zwickau in einer Versammlung sprechen.

Holländischer Schleppdampfer gesunken

Auf dem Volkerak in der Nähe von Dinteloord ist am Mittwoch ein holländischer Schleppdampfer umgeschlagen und gesunken. Der Kapitän und seine Frau sind ertrunken, während der Maschinist und der Steuermann sich retten konnten.

Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Gördeler, führt gegenwärtig mit einer Reihe von Spitzenorganisationen der verschiedensten Branchen Verhandlungen über die weitere Durchführung der Preissenkung, so u. a. mit den Mineralwasserfabrikanten, den Zündholz- und Düngemittelfabriken. Weiter sind Besprechungen im Gange über die Preissenkung für Schokolade und Süßwaren, für Kohlen, Fische, Milch und Petroleum und eine Ermäßigung der Gebühren im Speditionsgewerbe, ferner für Privattelephone und Versicherungen.

Der Zusammenbruch des Bankhauses Marcus & Co. vor Gericht

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann der Prozeß gegen die Gesellschafter des Bankhauses Max Marcus & Co.

Wegen Depotunterschlagung und Konkurses haben sich zu verantworten der 60jährige Bankier Max Marcus und der 40jährige Bankier Berthold Schreiber. Die beiden Angeklagten waren die alleinigen Gesellschafter des Bankhauses Max Marcus & Co. Das Bankhaus wurde von Marcus im Jahre 1896 gegründet. Schreiber war zuletzt mit 30 Prozent am Gewinn beteiligt. Nach der Goldbilanz vom Dezember 1923 betrug das Kapital der Bank 73 200 Mark. Dieses Kapital ging bereits im Jahre 1924 verloren, und es erfolgte eine von Jahr zu Jahr wachsende Ueberschuldung der Gesellschaft, die am 23. September 1931, als die Zahlungseinstellung erfolgte, 784 500 Mark betrug. Da die Gesellschaft seit 1924 keine nennenswerten Gewinne mehr erzielte, konnte sie ihren Betrieb seit dieser Zeit nur dadurch fortführen, daß sie sich durch die Lombardierung ihr anvertrauter Kundeneffekten Geld beschaffte. Nach den Berechnungen des Büchersachverständigen sind im Laufe der Zeit von den beiden Angeklagten

Kundendepots in Höhe von 3½ Millionen Mark veruntreut

worden, sodaß die Schuldenlast unter Hinzurechnung der Entnahmen der Inhaber etwa 4 Millionen Mark beträgt.

Für die Kreditoren ist aus der Konkursmasse nur eine Quote von etwa 4 Prozent zu erwarten.

Schon vor einigen Wochen stand ein Termin zur Verhandlung an, mußte aber abgesetzt werden, weil Marcus einige Tage vorher im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch gemacht hatte.

Marcus

bestritt, daß er die Lombardierung der Kundendepots in Kenntnis der Ueberschuldung der Gesellschaft vorgenommen habe. Buchmäßig sei zwar eine Ueberschuldung vorhanden, in Wirklichkeit sei aber das umfangreiche Effektendepot eines Kunden gemäß einem 1926 abgeschlossenen Vertrage als Kommanditeinlage zu betrachten, sodaß dieser Kunde die Herausgabe der Effekten nicht beanspruchen konnte. Diese Behauptung des Angeklagten wurde aber durch die Aussage des Kunden widerlegt, der als angeblicher Gesellschafter niemals eine Bilanz vorgelegt erhalten hatte.

Der Angeklagte Schreiber

will von Marcus getäuscht worden sein. Er habe zwar die bilanzmäßige Ueberschuldung gekannt, Marcus habe ihm aber immer gesagt, daß er größere Auslandsguthaben hätte, und zwar sei davon gesprochen worden, daß er eine Million Dollar und eine Million Schweizer Franken sichergestellt habe, die im Notfall hereingenommen werden könnten. Marcus trat nach außen sehr bescheiden und einfach auf, sodaß die Kunden zu ihm großes Vertrauen hatten. In Wirklichkeit hat er aber

ein Doppelleben

geführt. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er große Aufwendungen und Geschenke für seine zahlreichen Freundinnen gemacht hat, und daß er diesen und Verwandten erhebliche Darlehen ohne Sicherheit gegeben habe.

Die Reichspräsidentenwahl

Neue Unterzeichner des Aufrufs des Hindenburg-Ausschusses

Wie vom Hindenburgausschuß mitgeteilt wird, haben sich folgende weiteren Persönlichkeiten dem Aufruf des Hindenburgausschusses angeschlossen:

Staatsminister Wilhelm Bazille (Stuttgart), Franz Behrens (Vorsitzender des Reichsverbandes ländlicher Arbeitnehmer), Professor Dr. Friedrich Bergius (Heidelberg), Kardinal Dr. Adolf Bertram (Erzbischof von Breslau), Generaldirektor Dr. ing. e. h. Bie (Berlin), Professor Dr. Karl Bosch (Ludwigshafen), Konteradmiral a. D. Franz Brüninghaus (Berlin), Landgerichtspräsident z. D. D. Dr. von Campe (Hildesheim), Dr. Karl Diem (Berlin), Professor Dr. Graf zu Dohna (Bonn), Bürgermeister Dr. Elsas (Berlin), Professor Erdmansdörffer (Rektor der Universität Heidelberg), Kardinal Michael von Faulhaber (Erzbischof von München-Freising), Generalsuperintendent Gennrich (Königsberg), Professor Dr. Friedrich Giese (Frankfurt), Walther Graef (Anklam), Alfons Prinz von Isenburg-Langenselbold (Präsident des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins), Präsident des Reichsfinanzhofes i. R. Jahn (München), Generalleutnant a. D Ernst Kabisch, Dr. ing. e. h. Moritz Klönne (Dortmund), Oberbürgermeister Knorr (geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtebundes), Landesbischof D. Kortheuer (Wiesbaden), Oberbürgermeister Dr. Kuelz (Dresden), Oberbürgermeister Dr. Landmann (Frankfurt a. M.), Professor Loehlein (Rektor der Universität Jena), Dr. von Loesch, Oberbürgermeister Dr. Luppe (Nürnberg), Reichskanzler a. D. Dr. Wilhelm Marx, Generalleutnant a. D. von Maur (Stuttgart), Geheimrat Professor Dr. Meinecke (Berlin), Bürgermeister Petersen (Hamburg), Professor Poelzig (Berlin), Oberbürgermeister Poeschel (Stettin), Kommerzienrat Hermann Röchling (Völklingen a. d. Saar), Generalstaatsanwalt von Röcker (Präsident der Eval. Landeskirchenverwaltung Stuttgart), Frau Dr. Elisabeth von Roon geb. Bassermann (Berlin), General der Infanterie a. D. Freiherr von Soden, Frau Irma Stoß (Hamburg), Dr. Theinert (Präsident des Landeskirchenamtes Wiesbaden), Oberbürgermeister Dr. Wagner (Breslau), Generalpräses Wolker (Düsseldorf).

Mit dieser Liste sind seit dem Aufruf vom 1. Februar insgesamt 160 Namen bedeutender Persönlichkeiten veröffentlicht worden, die den Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnet haben. Der Ausschuß hat noch eine große Zahl weiterer Zustimmungserklärungen erhalten, es konnte jedoch nur eine Auswahl veröffentlicht werden, die, wie wir hören, vorläufig abgeschlossen ist.

Noch keine Entschlüsse des Stahlhelms

Die Pressestelle des Stahlhelms, BdF., teilt u. a. mit: Die Bundesführer des Stahlhelms haben zur Frage der Reichspräsidentenwahl noch keine Entschlüsse gefaßt und werden sich auch durch Zweckmeldungen weder die Zeit noch den Inhalt ihrer Entscheidungen vorschreiben lassen.

Die staatspolitische Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände für Wiederwahl Hindenburgs

Die staatspolitische Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände übersandte an Oberbürgermeister Dr. Sahm-Berlin telegraphisch folgende Entschließung:

Die in der staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft vereinigten Vertreter der katholischen Verbände mit über zwei Millionen Wahlberechtigten stellen sich hinter Ihren Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs.

1 300 000 Eintragungen für Hindenburg

Die Eintragungen für die Volkswahl Hindenburgs beliefen sich bis Mittwoch abend auf 1 300 000.



Rettungsversuche an verunglückten Bergleuten

Bei dem letzten schweren Bergwerksunglück in Charleroi in Belgien konnte nur ein Teil der Verschütteten in schwerverletztem Zustande geborgen werden. Unser Bild aus dem Krankenhause zeigt einen der Geborgenen völlig in Verbände gehüllt. Man versucht durch Sauerstoffatmung, ihn am Leben zu erhalten

Raub

Zwei Männer drangen in Hamburg am Mittwoch abend in eine Filiale der Sparkasse ein, hielten die beiden Angestellten mit Revolvern in Schach und raubten etwa 1000 Mark. Die Räuber sind im Kraftwagen entkommen.

*

Das Schwurgericht 3 in Berlin verurteilte wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes mit Todeserfolg den Arbeiter Baumann und den Fleischer Hollmann zu je zwölf Jahren Zuchthaus, den Transportarbeiter Herforth zu zehn Jahren Zuchthaus und den Arbeiter Voß zu acht Jahren Zuchthaus. — Die vier im Alter von 20 bis 21 Jahren stehenden Angeklagten hatten in der Portierloge eines Hauses in der Kösliner Straße einen Raubüberfall ausgeführt und dabei den 19jährigen Willi Kirchert, die einzige Stütze seiner Mutter, getötet.

Verschmelzung der Technischen Hochschule mit der Universität in Breslau?

Wie der Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität und der Rektor der Technischen Hochschule in Breslau mitteilen, sind zurzeit unverbindliche Besprechungen über eine Verschmelzung der Universität und der Technischen Hochschule in Breslau im Gange. Und zwar soll die Technische Hochschule unter voller Wahrung der besonderen Belange der Technik etwa in der Form einer „Fakultät für Ingenieurwissenschaften (Technische Hochschule)" in den zu schaffenden Gesamtorganismus eingegliedert werden. Dieser Plan wird damit begründet, daß auf diese Weise in der Hauptstadt des deutschen Ostens eine bisher in Deutschland noch nicht existierende Universität entstehen könnte, die die Gesamtwissenschaft umfaßt.

Tilgungssätze der Realkreditinstitute

Im Hinblick auf die schwierige Lage des Neuhausbesitzes und in dem Bestreben, die weitere Senkung der Neubaumieten zu fördern, hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die Spitzenverbände der Realkreditinstitute gebeten, bei der Bemessung der Tilgungssätze von Tilgungshypotheken ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu üben. Der Reichsarbeitsminister bezeichnet es als erstrebenswertes Ziel, daß allgemein ein Tilgungssatz von ½ Prozent zur Regel wird, und nur da Tilgungssätze von mehr als ½ bis 1 Prozent festgehalten werden wo dies nach Lage des Einzelfalles unbedingt geboten ist. In dem Rundschreiben betont der Reichsarbeitsminister erneut seine grundsätzliche Auffassung, daß für die Finanzierung des Wohnungsbaues das System der Tilgungshypotheken unbedingt den Vorzug gegenüber den gewöhnlichen Kündigungshypotheken verdient. Er wendet sich aber dagegen, daß etwa Hypotheken, für die bisher keine Tilgung vorgesehen war, nunmehr nachträglich in Tilgungshypotheken umgewandelt werden, da dies zwangsläufig künftige Mietssteigerungen in sich schließe.

Das Urteil in dem Betrugsprozeß gegen die Ordo-Tee-Company

In dem Betrugsprozeß gegen den Geschäftsführer und eine Reihe Vertreter der Ordo-Tee-Company, der seit dem 19. Januar die große Strafkammer in Berlin beschäftigt hatte, wurde das Urteil gefällt. Die Strafkammer verurteilte den Geschäftsführer und alleinigen Inhaber Leopold Ordo zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, den Vertreter Pohlmann zu einem Jahr Gefängnis, den Vertreter Forlauf zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, den Vertreter Katz zu drei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Ordo und Pohlmann wurden im Gerichtssaal verhaftet.

Die Ordo-Tee-Company, die behauptete, Teeplantagen in China und Indien zu besitzen, hatte Vertreter ins Land geschickt, die vorwiegend kleine Geschäftsleute aufsuchten und sie zu Abschlüssen überredeten. Den Leuten wurde vorgeredet, daß sie sich nur zur Abnahme von kleinen Quantitäten Tee von 4—6 Kilo verpflichteten, während nachher die Bestellscheine in Wirklichkeit eine Verpflichtung auf Jahre hinaus auf Abnahme von großen Mengen lauteten. Die Gesellschaft ging dann rücksichtslos vor und strengte Zivilprozesse zu Tausenden an und bewirkte den Ruin vieler Geschäftsleute.

Kleine Meldungen

Drei Todesopfer der Winterstürme an der See. Aus Köslin, 10. Februar, wird berichtet: Der heute sehr unruhigen See sind drei Menschenleben zum Opfer gefallen. Das Boot des Fischers Tarnow aus Nest, in dem sich neben ihm selbst auch die Brüder Ewald und Gerhard Holz aus Nest befanden, wurde, bald nachdem es den Nester Hafen verlassen hatte, von einer Welle erfaßt und zum Kentern gebracht. Keiner der drei Insassen konnte sich retten, auch die Nachforschungen nach ihnen sind ergebnislos geblieben.

Brand eines Ballsaales in Prag. Bei einem Faschingsball in einem der bekannten Prager Säle brach kurz vor Mitternacht, wie die „BZ." meldet, ein Brand aus. Zunächst verließen — noch bei Tangoklängen — die Ballgäste ruhig den Saal. Als aber das Feuer durch die Decke brach, entstand eine wilde Panik, und die Menge stürzte durch Fenster und Türen aus dem Ballsaal, der nach kurzer Zeit in Flammen stand. Die Anzahl der bei dem Unglück verletzten Personen konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Bundesführer des Stahlhelms beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat die beiden Bundesführer des Stahlhelms, Seldte und Düsterberg, empfangen.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstages

Der Wohnungsausschuß des Reichstages setzte

die zweite Lesung des Reichsstädtebaugesetzes

fort. Er strich die in der ersten Lesung beschlossene Anhörung der Landwirtschaftskammern bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, soweit landwirtschaftlich genutzte Flächen einbezogen werden. Neu eingefügt wurde die Vorschrift, daß die Bebauungspläne auch auf die kulturellen und religiösen Bedürfnisse Rücksicht nehmen müssen.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Am Schluß der Mittwoch-Sitzung kam es zu einer lebhaften

Geschäftsordnungsaussprache,

als die Deutschnationalen durch den Abg. Timm eine Erklärung abgaben, in der sie sich darüber beschwerten, daß der Entwurf ein Enteignungsgesetz „rein marxistischer Prägung" werde, weil der Abgeordnete D. Mumm (Christlichsoz.) stets mit den Sozialdemokraten und Kommunisten stimme. Sie verlangten Protokollierung dieser Erklärung. Abg. Lucke (Wirtschpt.) schloß sich dieser Erklärung vollinhaltlich an. Abg. Lipinski (Soz.) widersprach der Protokollierung, weil die Erklärung nur aus parteipolitischen Motiven entsprungen sei. Dieser Auffassung war auch der Vorsitzende, Abg. Schumann-Thüringen (Komm.), der im übrigen dem Abg. D. Mumm attestierte, daß er seine Meinung stets sachlich vertrete. D. Mumm selbst erklärte, er trete allezeit für den Schutz der wirtschaftlich Schwachen ein, er sei aber kein Marxist. Ab. Tremmel (Ztr.) wies die persönlichen Vorwürfe gegen Mumm zurück, obwohl er die sachliche Gegnerschaft hervorhob. Schließlich ging der Ausschuß über die Erklärung zur Tagesordnung über. Dieser Beschluß kam mit 13 gegen die vier Stimmen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei bei Stimmenthaltung der Abgg. D. Mumm (Christlichsoz.) und Winnefeld (D. Vp.) zustande.

Zusammentritt des Preußischen Landtages

Der Preußische Landtag tritt am Donnerstag, 11. Februar, zu einem neuen Sitzungsabschnitt zusammen. Da die ursprünglich für die Februar-Tagung in Aussicht genommene erste Haushaltsberatung nicht erfolgen kann, stehen hauptsächlich Interpellationen und Anträge der Parteien zur Erledigung. Montag nächster Woche wird voraussichtlich keine Vollsitzung stattfinden. Am Dienstag wird eine erneute Aussprache über die preußischen Notverordnungsmaßnahmen und die dazu vorliegenden Anträge stattfinden, die inzwischen den Hauptausschuß des Landtages beschäftigt haben.

Kriminalfälle

Raubüberfall auf das Danziger Straßenbahndepot — Bisher zwei Verletzte gestorben

In Danzig ist am Montag ein Raubüberfall auf ein Straßenbahndepot verübt worden, bei dem ein Straßenbahnschaffner namens Hartmann so schwer verletzt wurde, daß er wenige Stunden später starb. Nun ist auch der zweite Verletzte, der Nachtwächter Kreft, im Krankenhause gestorben. Die Nachforschungen der Polizei nach den Tätern haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

300 Kreuze von einem Kriegerfriedhof gestohlen

Die polnische Presse berichtet, daß mehrere junge Leute vom Kriegerfriedhof in Chyszow bei Tarnow 300 eiserne Kreuze stahlen, sie dann zerbrachen und als Alteisen verkauften. Der Polizei gelang es, die Täter zu verhaften. — Aus den Berichten ist nicht zu ersehen, ob es sich um einen österreichischen oder reichsdeutschen Friedhof handelt.

Ueberfall auf den Zugführer eines französischen Schnellzuges

Der Führer des Schnellzuges Ventimialia—Paris wurde, kurz nachdem der Zug den Bahnhof von Marseille verlassen hatte, von zwei Banditen überfallen, die sich die Uniformen von Schaffnern angezogen und im Gepäckraum versteckt gehalten hatten. Sie knebelten den Zugführer und bemächtigten sich der Kasse, die 10 000 Franken enthielt. Den Zugführer schlossen sie in den Gepäckwagen ein.

Der Krieg in China

Deutsche Sorge um die Tschungschi-Hochschule

Der deutsche Generalkonsul in Schanghai hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, Schritte im Interesse der Tschungschi-Hochschule bei den japanischen und chinesischen Truppenführern unternommen. Er hat darum gebeten, das deutsche Lehrmaterial in Tschingschu nach Möglichkeit zu schonen und Gelegenheit zu geben, die Hochschule zu räumen.

Schwere Verluste der Chinesen in der Mandschurei

Nach einer Agenturmeldung aus Peking ist es zwischen Chinesen und Japanern in der Mandschurei bei Kintschu zu schweren Kämpfen gekommen. Dabei sollen 1000 Chinesen ums Leben gekommen und 1200 von den Japanern gefangen genommen worden sein.

Eine neue Regierung in Mukden?

Wie die Agentur Indo Pacifique meldet, sind in Peking Gerüchte in Umlauf, daß in Mukden am 12. Febr. eine neue Regierung ausgerufen werden wird.

Im übrigen soll der Verkehr auf der Ostchinesischen Eisenbahn wiederhergestellt worden sein, ebenso der Anschluß an die transsibirische Strecke.

China lehnt neutrale Zonen ab

Die Agentur Indo Pacifique berichtet aus Nanking, daß Außenminister Lo Weng Kau die japanische Anregung betreffend Schaffung neutraler Zonen in China als unannehmbar erklärt habe.

Der Kampf um Schanghai

Artillerie und Flugzeuge in Tätigkeit

Aus Schanghai, 10. Februar, wird berichtet: Die Japaner bombardierten am Mittwoch zum erstenmal den Kiangwan-Bahnhof und die Kiangwan-Forts, wo sich die chinesischen Truppen zusammengezogen haben. Die Chinesen antworteten zunächst mit heftigem Artilleriefeuer, später stiegen mehrere chinesische Flugzeuge auf und überschütteten die japanischen Bombenflugzeuge mit Maschinengewehrfeuer, bis sich diese zurückzogen. Auch der Nordbahnhof wurde von den Japanern weiter beschossen.

Die Lage bei den Wusungforts

ist noch unverändert. Während die Japaner einen neuen großen Angriff vorbereiten, arbeiten die Chinesen fieberhaft an der Verstärkung ihrer Stellungen. Auch an dem nördlich der Forts gelegenen Wusung-Kanal haben die Chinesen nunmehr Schützengräben ausgehoben und Maschinengewehre aufgestellt, wodurch den Japanern der Weg flußaufwärts nach Schanghai vollkommen abgeschnitten ist. Die Japaner versuchten verschiedentlich, Pontonbrücken über den Kanal zu schlagen, doch machte das chinesische Feuer den Versuch unmöglich.

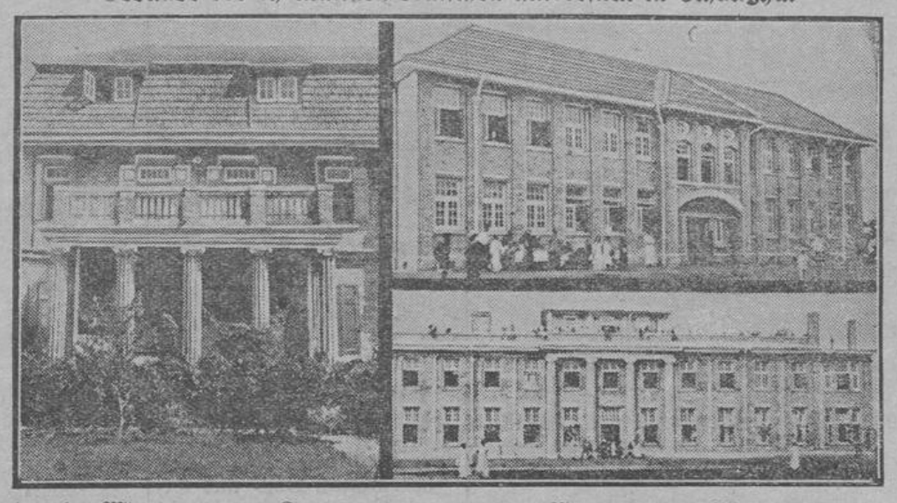
Großer japanischer Landungsversuch mißglückt

Nach einer Meldung der chinesischen Agentur Gomyn ist der Landungsversuch der japanischen Truppen an einem ungeschützten Ort bei Wusung durch chinesische Truppen vereitelt worden. Die chinesischen Truppen zwangen die Japaner durch starkes Maschinengewehrfeuer, auf die Landung zu verzichten. Die Japaner wollen nunmehr weitere Kriegsschiffe zusammenziehen, um einen neuen Versuch zu unternehmen.

Neue Raketenversuche auf Wangeroog

Aus Wangeroog wird berichtet: Der Osnabrücker Raketenforscher Ingenieur Tiling hat in den letzten Tagen neue Raketenstartversuche unternommen. Im Westen der Insel hat der Forscher in einer Senke seine Startapparatur aufgebaut. Bei den jüngsten Versuchen, die als wohlgelungen bezeichnet werden, waren wenig Zuschauer zugegen. Die Flugbahn der Raketen war nach dem Verlassen des Lanzierrohres stets gut zu beobachten. Die Versuche sollen diesmal besonders der Erforschung der Stabilität der Raketenkörper und nicht zuletzt des von Tiling geplanten Raketenflugzeugkörpers dienen. Es handelt sich weniger um Erreichung größerer Höhen oder Entfernungen, sondern um die Zielsicherheit. Der bereits angekündigte Abschuß der ersten Postrakete vom Festlande nach Wangeroog soll wahrscheinlich noch in diesem Frühjahr vor sich gehen. Dabei soll der Raketenkörper eine Geschwindigkeit von etwa 1000 Stundenkilometern erreichen. Voraussichtlich soll dem Nutzraum der Rakete ein Hund oder eine Katze anvertraut werden, die nach Ansicht des Erfinders die Reise zweifellos ohne Schaden überstehen werden.

Gebäude der ehemaligen deutschen Universität in Schanghai



die jetzt im Mittelpunkt der Kämpfe um das in der Nähe gelegene Wusung-Fort stehen: (links) eines der Wohnhäuser der deutschen Dozenten — (oben) das Physiologische Institut der Universität — (unten) eines der Alumnate, in dem zuletzt chinesische Studentinnen wohnten. Die deutschen Lehrer mußten nach Schanghai flüchten

Kleine politische Nachrichten

Der Reichskanzler wieder in Berlin

Reichskanzler Dr. Brüning traf Mittwoch mittag mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 13.47 Uhr in Begleitung des Reichspressechefs, Ministerialdirektor Dr. Zechlin, und Oberregierungsrat Planck, aus Genf kommend, am Anhalter Bahnhof ein. Zu seiner Begrüßung hatten sich eingefunden Reichsminister Treviranus, die Staatssekretäre Pünder und Weismann, Ministerialdirektor Köpke und Vortragender Legationsrat von Kaufmann.

Der Groener-Erlaß keine grundsätzlich neue Auffassung

In einem Teil der Presse ist in Kommentaren zu dem vor einigen Tagen veröffentlichten Erlaß des Reichswehrministers über die Richtlinien für die Einstellung in die Reichswehr behauptet worden, daß dieser Erlaß eine grundsätzliche Schwenkung des Reichswehrministers darstelle. Im Reichswehrministerium wird diese Auffassung als abwegig bezeichnet. Reichswehrminister Groener habe in der Reichstagssitzung vom 19. März vergangenen Jahres über die Frage des Ersatzes der Reichswehr Ausführungen gemacht, die sich vollinhaltlich mit dem jetzt veröffentlichten Erlaß decken.

Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Gördeler, führt gegenwärtig mit einer Reihe von Spitzenorganisationen der verschiedensten Branchen Verhandlungen über die weitere Durchführung der Preissenkung, so u. a. mit den Mineralwasserfabrikanten, den Zündholz- und Düngemittelfabriken. Weiter sind Besprechungen im Gange über die Preissenkung für Schokolade und Süßwaren, für Kohlen, Fische, Milch und Petroleum und eine Ermäßigung der Gebühren im Speditionsgewerbe, ferner für Privattelephone und Versicherungen.

Danzig protestiert gegen die Teilnahme polnischer Beamten an Anti-Danziger Kundgebungen

Der Senat Danzigs hat unter Hinweis auf die kürzlich abgehaltene Versammlung der polnischen Studenten, auf der Drohungen gegen den Bestand der Freien Stadt Danzig ausgestoßen wurden, und an der auch Vertreter amtlicher polnischer Kreise teilgenommen haben, die diplomatischen Vertreter der Republik Polen gebeten, dafür zu sorgen, daß die Teilnahme von Beamten an derartigen Veranstaltungen unterbleibe. Gegen die beteiligten Studenten ist von den zuständigen Stellen direkt das Notwendige veranlaßt worden.

Neue französische Dekrete über Einfuhrkontingente

Das „Journal officiel" veröffentlicht verschiedene Dekrete, in denen u. a. angezeigt wird, daß die Einfuhr von Radioapparaten aus Deutschland und den Niederlanden das für das erste Vierteljahr 1932 festgesetzte Kontingent noch nicht erschöpft habe. Insgesamt sind 1500 Dz. für Apparate aus Deutschland zugelassen. Doch müssen diese Einfuhrwaren über die Zollämter von Paris, Jeumont und Straßburg geleitet werden. Dagegen ist das Einfuhrkontingent für Forken und Eisenhaken aus Deutschland für das erste Vierteljahr 1932 erschöpft.

Wahlreformdebatte in der französischen Kammer

Die französische Kammer hat in einer Nachtsitzung die Beratung über die Wahlreform fortgesetzt. Die allgemeine Aussprache über die verschiedenen Gegenvorschläge wurde mit 309 gegen 242 Stimmen beschlossen. Hierauf wurde ein sozialistischer Gegenantrag Brace betreffend die Einführung der integralen Verhältniswahl mit 404 gegen 150 Stimmen abgelehnt desgleichen ein entsprechender kommunistischer Antrag verworfen, ebenso auch ein Gegenvorschlag des sozialistischen Abgeordneten Antonelli, der auch die Verhältniswahl vorsah, und zwar mit 294 gegen 135 Stimmen. Die Abstimmung über weitere Gegenentwürfe findet in einer Nachtsitzung, die auf Donnerstag anberaumt ist, statt.

Zollentschließungen im englischen Unterhaus

Aus London, 10. Februar wird berichtet: In den gestrigen späten Abendstunden nahm das Unterhaus mit 452 gegen 76 Stimmen die Entschließung an, der zufolge der zehnprozentige Einfuhr-Zolltarif am 1 März in Kraft tritt. Die Entschließung muß nun noch in Gesetzesform gebracht werden. Hierauf wurde mit 430 gegen 73 Stimmen eine Entschließung angenommen, durch die der geplante Sondertarifausschuß ermächtigt wird, Zusatzzölle aufzuerlegen. Dann hat das Unterhaus eine dritte Entschließung mit 421 gegen 68 Stimmen angenommen, die zusätzliche Zölle bis zu 100% des Wertes von Waren aus solchen Ländern vorsieht, die britischen Waren gegenüber Differentialzölle anwenden. Etwa 30 Liberale stimmten gegen die Regierung, unter ihnen drei Mitglieder des Kabinetts.

Die Rückzahlungen an die Landesbank

Zwangsmaßnahmen des preußischen Innenministers.

Berlin, 10. Februar.

Der Reichsstädtebund teilt mit: Unter den dauernd steigenden Wohlfahrtslasten leiden besonders die rheinischen Städte so stark, daß ihnen unverschuldet u. a. auch die Zahlung der nachträglich erhöhten Provinzialumlage sowie der Zinsen und Tilgungsraten für die Kredite der Landesbank der Rheinprovinz nicht mehr möglich ist. Im Hinblick hierauf, hat der preußische Minister des Innern angeordnet, daß bei Nichtzahlung von Zins- und Tilgungsraten für Kredite der Landesbank entsprechende Anteile der der betreffenden Stadt zustehenden

Reichssteuerüberweisungen einzubehalten seien.

Der Reichsstädtebund hat den preußischen Innenminister wiederholt darauf hingewiesen, daß durch ein solches Verfahren die Notlage dieser Städte nur noch weiter verschärft und es ihnen unmöglich gemacht wird, die Wohlfahrtsunterstützungen auszuzahlen, wenn ihnen nicht neue Zuweisungen aus dem staatlichen Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt werden. Der Reichsstädtebund hat gleichzeitig rechtliche Bedenken gegen das vom Innenminister bestimmte Verfahren geltend gemacht. Die Städte haben einen Anspruch gegen den Staat, der Gegenanspruch auf Zins- und Tilgungsbeträge steht aber nicht diesen, sondern einem dritten, der Landesbank für die Rheinprovinz, zu.

Schwere finanzpolitische Bedenken erhebt der Reichsstädtebund auch gegen die Bevorzugung der Landesbank anderen Gläubigern der Stadt gegenüber, denn die Stadt hafte jedem ihrer Gläubiger mit ihrem gesamten Vermögen und ihrer Steuerkraft.

Edgar Wallace †

Newyork, 10. Februar.

Der bekannte Schriftsteller Edgar Wallace starb in Beverly Hills an den Folgen einer Lungenentzündung.

Wallace stand im 57. Lebensjahr. Seine zahllosen Kriminalromane sind in der ganzen Welt bekannt. Seine erfolgreichsten Bücher sind „Der Herer", „Der rote Kreis", „Die Tür mit den sieben Schlössern" und „Die Bande des Schreckens". Seine Bücher erreichten Riesenauflagen und brachten ihm ein großes Vermögen ein. Seiner Feder entstammen annähernd 150 Romane, Hunderte von Erzählungen und etwa ein halbes Dutzend erfolgreicher Theaterstücke.

Aus unserer Aktenmappe

Erst Genehmigung, dann Rundfunk hören!

Die Deutsche Reichspost macht darauf aufmerksam, daß erst nach Aushändigung der Genehmigung die Errichtung und der Betrieb einer Rundfunkempfangsanlage zulässig sind. Erwerb und Besitz von fertigen Empfangsapparaten bedürfen keiner Genehmigung. Die Apparate jedoch dürfen — auch versuchsweise — nur auf Grund einer Rundfunkempfangsgenehmigung betrieben werden. Dies gilt auch für solche Empfangsapparate, die allein ohne Antenne oder Erdleitung oder Gegengewicht als Empfangsanlage verwendbar sind. Schon die bloße Errichtung einer Antenne, gleichviel ob Innen- oder Außenantenne, oder der Erdleitung oder eines Gegengewichts, stellt den Beginn der Errichtung einer Empfangsanlage dar und ist genehmigungspflichtig. Genehmigungsanträge zur Teilnahme am Rundfunk, die schriftlich, mündlich oder auch durch Fernsprecher gestellt werden können, werden von jeder Postanstalt entgegengenommen.

Einspruch gegen Zwangsvollstreckung.

Nach der Notverordnung vom Dezember kann die Zwangsversteigerung eines Grundstücks auf sechs Monate hinausgeschoben werden, wenn der Schuldner die Nichterfüllung der fälligen Verbindlichkeiten mit der wirtschaftlichen Gesamtlage begründet. Laut Paragraph 6 des Kapitels über die Zwangsvollstreckung mußte der Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung binnen zwei Wochen nach Zustellung des Beschlusses auf Zwangsvollstreckung erfolgen. Eine jetzt erschienene Durchführungsverordnung gibt den Grundbesitzern, die den Antragstermin versäumt haben, die Möglichkeit, den Antrag bis zum 29. Februar nachzuholen. Mit dieser Durchführungsverordnung wird somit allen Schuldnern noch nachträglich die Möglichkeit gegeben, die drohende Zwangsversteigerung abzuwenden; dies ist nur dann nicht mehr möglich, wenn die Verteilung des Versteigerungserlöses bereits stattgefunden hat.

Warnung vor Zahlung an Ausländer.

Die Fälle, in denen Verurteilungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Devisenvorschriften erfolgen, mehren sich. Es wird daher besonders darauf hingewiesen, daß alle Zahlungen an Ausländer auch bei Barzahlungen im Inlande, soweit sie über die Freigrenze von 200 Mark in einem Monat hinausgehen, genehmigungspflichtig sind. Gerade diese Vorschrift wird, wie Beobachtungen ergeben haben, von weiteren Kreisen des Publikums, auch der Kaufmannschaft, offenbar nicht genügend beachtet.

Du warst so jung, Du starbst so früh,
Wer Dich gekannt, vergißt Dich nie.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen, heute Morgen 9.30 Uhr, meinen innigstgeliebten Sohn, unsern lieben Bruder, Schwager u. Onkel

Franz Hanenberg

im blühenden Alter von 18 Jahren, plötzlich und unerwartet an den Folgen eines Unglücksfalles, versehen mit den hl. Sterbesakramenten der röm.-kath. Kirche zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten
im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Witwe Hermann Hanenberg und Kinder

Burscheid, Opladen, Wermelskirchen, Sonsbeck und Keppeln, 9. Februar 1932.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Febr. 1932, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhause in Burscheid aus statt — Die feierlichen Exequien finden am Samstag - Vormittag 7.30 Uhr, in der Pfarrkirche zu Burscheid statt.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Sektion Hilgen

Am Samstag, den 13. Februar 1932, findet im Saale des Herrn Prante in Hilgen, unter Mitwirkung der SA-Kapelle Sturm 43 ein

Deutscher Abend

statt.

Einlaß 6.30 Uhr. **Beginn 7 Uhr.**

Unkostenbeitrag 0.50 RM.

Städtische staatlich anerkannte Haushaltungs- und Kinderpflegerinnen-Schule Wermelskirchen

Geschäftsstelle: Berufsschulgebäude, Südstr. 50, Tel. 2011

Schuldauer: 1 Jahr, 32 — 34 Wochenstunden
Unterrichtszeit: Täglich 8 -- 13 Uhr und ein Nachmittag
Meldungen: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 10 — 13 Uhr, bei dem Direktor der Berufsschule.
Auskunft: Schrift. o. mündl. bei der Geschäftsstelle

Wermelskirchen, den 11. Februar 1932

Der Bürgermeister: Drexel

Heimarbeiterinnen

für

Lederhausschuh-Stepperei

in regelmäßigen großen Partien gesucht.

Bewerbungen unter „K. K 88" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 1 Burscheid.

Samstag, 13. Februar, abends 8 Uhr

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht
2. Übungsplan.
3. Verschiedenes

Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Mebus, Brandmeister.

Kasino Blasberg

Donnerstag, 11. Februar, abends 8.30 Uhr

Versammlung

Tagesordnung:

1. Zahlung der Bezüge.
2. Bestellung von Stickstoffdünger, Saat-Kartoffeln, Saathafer und Briketts.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Im Hause Hauptstraße 62, beste Geschäftslage, ist ein

Laden-Lokal

mit einem Doppel-Schaufenster, nebst

Wohnung

billig zu vermieten.

Näheres durch Urbahn & Kotthaus, Burscheid.

Abgeschlossene

4- evtl. 5-Zimmer-Wohnung

(1. Etage) sofort zu vermieten Angebote unter „K. 100" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

---

2 Zimmer

zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

1—2 Zimmer

(Parterre)

möglichst Hauptstraße, sofort zu mieten gesucht.

Angebote unter „W. 90" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Haus

mit 5 Zimmern, sofort zu **vermieten.** Angebote unter „X. 25" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Haus

in **Burscheid Geilenbach** mit großem Obst- und Gemüsegarten ganz oder geteilt zu vermieten.

Näheres: Fernruf Düsseldorf 13861.

Weinkellerei

im Zellertal bei Worms am Rhein sucht für den Vertrieb ihrer Weine eine

tüchtige Vertretung

welche für denselben eine Existenz bedeuten kann. Kautionsfähige Interessenten, welche sich für diese Angelegenheit fähig halten, wollen sich unter **W. M. 36** an die Geschäftsstelle dsr. Ztg. wenden.

Begräbniskasse Burscheid

Einladung

zur

ordentlichen

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 12. Februar 1932, abends punkt 6,30 Uhr, im Lokale Hugo Urbahn (Alte Post), hier.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht für 1931 und Beschlußfassung über Entlastung des Vorstandes.
2. Ergänzungswahl für zwei satzungsmäßig ausscheidende Vorstandsmitglieder und Wahl der Kassenrevisoren.
3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung werden die volljährigen Mitglieder hiermit freundlichst eingeladen. Insbesondere werden die Vertrauensleute dringend gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand

Gewinnauszug

5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag — 9. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 332268
4 Gewinne zu 10000 M. 208596 330707
8 Gewinne zu 5000 M. 324014 369566 374046 391436
14 Gewinne zu 3000 M. 17857 99133 103009 115029 274286 322519 397220
70 Gewinne zu 2000 M. 1503 36162 42716 62748 68088 75291 99244 99777 104702 111551 116271 123158 128910 132964 133877 161612 165255 209847 212265 238192 262951 284952 318290 324531 326606 340654 341395 349269 361371 362555 365985 370660 380389 382957 395317
118 Gewinne zu 1000 M. 5692 18466 23517 36944 49477 51223 56769 60873 61019 66032 87573 90212 98446 100877 109234 109736 110130 118241 122428 143229 147132 150700 155508 155568 162848 169552 171894 173668 174504 176690 178319 193184 201809 205937 209052 210592 220579 220828 233210 238712 239183 263861 272720 273889 279276 307183 313499 313632 316638 317081 318029 321558 337998 353568 364014 364027 374381 374837 391033
206 Gewinne zu 500 M. 3705 14126 19013 21533 22300 23072 31196 33765 35483 36508 42268 46725 50161 54856 65041 65802 70914 72206 79124 81781 86545 92674 96810 97685 97737 102075 106174 115220 127813 130727 137109 137199 141849 147766 148268 152393 157491 158684 161840 164038 173940 178537 179236 179700 186847 189862 190943 191504 196279 200829 206003 207062 207547 211094 217368 220231 220641 224647 233840 237143 242568 245948 247514 256283 257490 259959 263129 263471 265009 267577 268518 270421 270445 288026 288506 291958 297117 298687 299270 306931 306954 309158 309669 320762 322708 324685 326098 333317 341391 344636 344895 352017 358637 362129 363207 367404 373468 374720 386556 386636 387020 387909 398803

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 48934 135380
6 Gewinne zu 5000 M. 143996 286117 359340
14 Gewinne zu 3000 M. 33220 44465 113804 139651 239683 368212 370159
56 Gewinne zu 2000 M. 28250 35277 41869 55251 94666 99808 118319 119023 146876 193607 201216 208253 212434 289897 300179 300761 308857 312785 321364 329881 335749 336186 359094 359488 360678 375048 390867 399340
108 Gewinne zu 1000 M. 5234 12198 26109 29342 34011 41323 41963 44116 44328 51037 82772 89394 90782 91081 91745 99357 100599 107055 116538 124873 138839 155107 158687 160696 165619 172432 188470 193727 196719 215111 217826 220369 221739 250312 251021 265841 266955 268163 279847 281442 282861 310916 315613 315736 323061 338206 340099 340196 341712 365445 366016 368834 369728 380713
192 Gewinne zu 500 M. 5556 5593 7359 13477 15341 26217 27341 31789 32344 37070 43850 53884 57636 61254 63336 70032 79336 80142 80221 82964 83296 84529 92785 100880 101492 101709 104523 119304 121247 125085 125450 128650 131533 132323 141094 142936 147476 151467 155767 156479 157505 157802 158382 161827 163309 164282 166749 177464 193304 197646 199052 199118 218207 219801 220314 221687 223014 226714 229988 239999 242310 242574 256742 264841 272011 277206 279309 283788 286249 287270 292881 293407 309272 311104 313990 315822 319702 319984 326073 336456 338521 343900 345074 366501 367637 368500 373332 876448 386121 386322 386358 386618 388209 395245 396427 397535

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 100000, 6 zu je 75000, 12 zu je 50000, 28 zu je 25000, 192 zu je 10000, 486 zu je 5000, 972 zu je 3000, 2874 zu je 2000 5774 zu je 1000, 9602 zu je 500, 28978 zu je 400 Mark.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 35 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Donnerstag, den 11. Februar 1932

Das Verfahren bei der Reichspräsidentenwahl

Aus den gesetzlichen Bestimmungen

Für den deutschen Staatsbürger gilt es jetzt, sich mit dem Wesen des wichtigsten Wahlaktes vertraut zu machen, den unsere Verfassung kennt: der Wahl des Reichspräsidenten. Es ist eigentümlich, daß durch einen merkwürdigen Zufall das Wahlverfahren geradezu schicksalsmäßig auf unsere jetzige politische Situation zugeschnitten zu sein scheint. Es enthält seiner Natur nach zwei große politische Chancen; es bietet einerseits der Nation die Möglichkeit einer sozusagen kampflosen einheitlichen Willenskundgebung, und es enthält andererseits auch die Möglichkeit einer Kampfwahl in der härtesten Form, die unbedingt eine Entscheidung, aber nicht ebenso unbedingt Befriedung und allseitige Befriedigung bringt. Die erste Chance ist gegeben in dem ersten der beiden gesetzmäßig vorgesehenen Wahlgänge; versagt sie, dann bringt der zweite Wahlgang den eigentlichen Kampf.

Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 6. März 1924 bestimmt nämlich, daß ein Bewerber gewählt ist, wenn er mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Das ist ebenso logisch wie bei der politischen Zerklüftung unseres Volkes leider wahrscheinlich selten. Diesmal dagegen ist die Glückschance ausnahmsweise vorhanden: falls nämlich Hindenburg bereits im ersten Wahlgang sich zur Wahl stellt, darf man eine solche absolute Mehrheit ohne weiteres erwarten. Diesen Ausgang herbeizuführen, einen eigentlichen Wahlkampf also zu vermeiden und statt dessen die Reichspräsidentenwahl in eine geschlossene Willenskundgebung des deutschen Volkes für äußere Freiheit und gegen inneren Krieg zu verwandeln, ist der Zweck der verschiedenen Hindenburg-Ausschüsse, die sich in allen Teilen Deutschlands gebildet haben und als deren erste der bayerische Ausschuß und der unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Sahm stehende Berliner Ausschuß hervorgetreten sind. Nur falls im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit erzielt wird, hat vier Wochen später eine zweite Wahl stattzufinden. Hier gilt einfach der Kandidat als gewählt, der die meisten gültigen Stimmen erzielt hat, auch wenn sie keine absolute Mehrheit darstellen. Eine Stichwahl gibt es nicht mehr. Im zweiten Wahlgang hat also der Kandidat der geschlossensten Gruppe die meisten Aussichten, auch wenn er nur eine Minderheit vertritt.

Für die Aufstellung Hindenburgs werden jetzt bekanntlich 20 000 Unterschriften gesammelt. Dies hängt zusammen mit der Bestimmung des Gesetzes, nach der die Wahlvorschläge mindestens von 20 000 Wählern unterzeichnet sein müssen. Freilich kennt das Gesetz von dieser Vorschrift eine Ausnahme. Wird nämlich der Wahlvorschlag von einer Partei eingereicht, die bereits bei der letzten Reichstagswahl kandidierte und dabei mindestens 500 000 Stimmen erhalten hat, so braucht sie jetzt keine 20 000 Unterschriften beizubringen, sondern nur 20. Das Gesetz glaubt ihr in diesem Falle ohne weiteres, daß sie eine ernsthafte Bewerberin ist. Da jedoch die verschiedenen Hindenburg-Ausschüsse ausdrücklich sich von allen parteilichen Bindungen fernhalten, so kann ihnen die Sammlung der 20 000 Unterschriften nicht erspart bleiben, deren Beibringung freilich für eine Wahl, bei der es um einen Mann wie Hindenburg geht, dürfte eine Kleinigkeit sein.

Ueber das Wahlrecht zur Reichspräsidentenwahl finden sich Bestimmungen sowohl in der Reichsverfassung wie im Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten. Artikel 41 der Reichsverfassung sagt: „Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz". Erläuternd sagt hierzu § 1 des erwähnten Gesetzes: „Wahlberechtigt ist, wer das Wahlrecht zum Reichstag hat. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Jeder Wähler hat eine Stimme". Während also das aktive Wahlrecht zum Reichstag wie zum Reichspräsidenten gleichmäßig mit dem 20. Lebensjahr beginnt, ist der Beginn des passiven Wahlrechts, d. h. des Wählbarkeitsalters, verschieden. Die Wahlvorschläge müssen spätestens am zehnten Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter eingereicht werden, also voraussichtlich spätestens am 3. März. Beigefügt werden muß eine Erklärung des Kandidaten, daß er der Aufnahme seines Namens in den Wahlvorschlag zustimmt. Um diese Erklärung wird also Hindenburg von den Hindenburg-Ausschüssen nach vollzogener Unterschriftensammlung gebeten werden.

Zur Reichspräsidentenwahl

Samstagmorgen 10 Uhr

werden in unserer Geschäftsstelle die Einzeichnungslisten seitens des Hindenburgausschusses geschlossen, um dann von der Stadtverwaltung nachgeprüft zu werden, ob die Einzeichner wahlberechtigt sind. Die Listen müssen Samstagmittag nach Berlin gesandt werden.

Wer sich für Hindenburg bekennt und sich noch nicht in die Liste eingetragen hat, möge dieses bis Samstagmorgen 10 Uhr tuen.

Die katholischen Verbände hinter dem Sahm-Aufruf

Wie die Kölnische Volkszeitung meldet, fand gestern an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in Gladbach-Rheydt eine Tagung der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände statt. Vertreten waren die Reichsverbände der katholischen Arbeitervereine, Gesellenvereine, Jungfrauen-, Jungmänner- und Müttervereine, der katholischen kaufmännischen Vereinigungen, der Lehrer- und Lehrerinnenverbände, Beamtenvereine, Schulorganisation, des Frauenbundes und der Volksverein für das katholische Deutschland.

Gegenstand der Aussprache war: Stellungnahme zu bevorstehenden politischen Entscheidungen. Zur Frage der Reichspräsidentenwahl faßte die Arbeitsgemeinschaft einmütig eine Entschließung, die in Form eines Telegramms an den Vorsitzenden des Ausschusses für die Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl, Oberbürgermeister Dr. Sahm, Berlin, gerichtet wurde. Die Drahtung lautet:

„Die in der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft vereinigten Vertreter der katholischen Verbände mit über zwei Millionen Wahlberechtigten stellen sich hinter Ihren Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs".

Generalversammlung der Mieter

Der hiesige Mieterschutzverein hielt am vergangenen Samstag im Lokale Ohmann seine Jahreshauptversammlung ab, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Jahres- und Kassenbericht wurden zuerst bekanntgegeben und dem Kassierer Ernst Schneider Entlastung erteilt. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft des unteren Kreises sowie der Kassierer gaben den Jahres- wie auch den Kassenbericht, denen zu entnehmen ist, daß 99 Prozent der geführten Streitigkeiten und Prozesse zugunsten der Mieter ausgefallen sind, was auf das Konto des Rechtsvertreters des Vereins, Herrn Kallweith-Schlebusch, kommt. Der Vorstand, der einstimmig gewählt wurde, setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Hanns Busen, 2. Vorsitzender Hugo Pieper, 1. Schriftführer Emil Hahn, 2. Schriftführer Otto Krämer, 1. Kassierer Ernst Schneider, 2. Kassierer und Unterkassierer Albert Schmidt, Beisitzer Wilhelm Zimmer und Erich Laumann. Max Klein wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Sodann hielt Herr Kallweith-Schlebusch einen ausführlichen Vortrag über Mietsenkungen für Alt- und Neubauwohnungen, sowie über die Auswirkungen der letzten Notverordnungen zur Mietsenkung. Anschließend gab Redner noch verschiedene Auskünfte und klärte einige Rechtsfragen.

Zu Auskünften in Mieterschutzsachen sind die Herren Hanns Busen, Hauptstraße 62, Ernst Schneider, Luisenstraße 2 und Albert Schmidt, Luisenstraße 33b jederzeit bereit.

Von der Vereinsleitung werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß der hiesige Mieterschutzverein die politische Neutralität wahrt und jedem Burscheider Mieter behilflich sein will.

Generalversammlung des Pferdezuchtvereins

Der Pferdezuchtverein des Kreises Solingen hielt am Mittwoch bei Hohns in Opladen seine Generalversammlung ab. Die Versammlung war gut besucht, stand unter anderem doch ein interessanter Vortrag über die Kaltblutzucht in Aussicht.

Oekonomierat Hummelsheim eröffnete die Versammlung und erteilte Herrn Krauth das Wort zur Erstattung des Geschäftsberichtes. Zu bemerken ist noch im voraus, daß die angesetzte Vorführung von Hengsten auf dem Hof der katholischen Schule nicht stattfand, da wegen der Glatteisgefahr eine Heranschaffung der Hengste zu schwierig gewesen wäre. Aus dem Geschäftsbericht selbst ist zu erwähnen, daß die Mitgliederzahl des Vereins von 100 ganz minimal auf 96 gesunken ist. An Einnahmen waren 1015,82 Mark und an Ausgaben 610,36 Mark zu verzeichnen, so daß über einen Bestand von 405,46 Mark zu verfügen ist. Die Pferdeschau in Langenfeld am 26. Juni 1931 konnte nicht abgehalten werden, da nur 35 Pferde gemeldet waren. Schwer wiegt für derartige Veranstaltungen, daß die sonst gezahlte Kreisbeihilfe ausfällt.

Die Besetzung der staatlichen Deckstelle in Holzerhof bei Witzhelden war im Jahre 1931 in derselben Weise gerezelt wie im Vorjahre. Besetzt war die Deckstelle mit dem Hengste Gaillard, dem 37 Stuten zur Bedeckung zugeführt wurden. Als Deckstellenhalter hatte sich das Vereinsmitglied Herr Alfred Klophaus in Holzerhof bereitwilligst wieder zur Verfügung gestellt. Ein Zuschuß aus Vereinsmitteln für fehlende Deckungen war nicht erforderlich.

Für das Jahr 1932 ist die Erhaltung der Deckstelle wieder gesichert, jedoch mußte der Verein die Garantie übernehmen, daß dem Hengst mindestens 40 Stuten zur Bedeckung zugeführt werden, fehlende Bedeckungen hat der Verein zu zahlen.

Deckstellenhalter ist wiederum Herr Alfred Klophaus. Die Deckstelle ist besetzt mit dem Hengst Ostpreußen, für den ein Deckgeld von 25 Mark und 10 Mark Fohlengeld zu zahlen ist. Hoffentlich wird die Deckstelle recht ausgiebig benutzt, sodaß dem Verein Sonderkosten erspart werden.

Ergänzt wurde der Geschäftsbericht durch einen Bericht von Herrn Quack, der über die Tagung der Zuchtwarte in Krefeld sprach. Hierbei wies er auf den neuen Eintragungstermin hin, der auf den 9. März 1932 für Langenfeld nachmittags 4 Uhr angesetzt ist und daß jeder, der ein zuchtfähiges Tier besitzt, dieses auch meldet. Ergänzt wurden diese Ausführungen noch durch Herrn Steinacker.

Bezüglich der Veranstaltungen für 1932 bemerkte Herr Hummelsheim, daß die allgemeine Kassenlage sehr schwierig sei und vor allen Dingen gehöre zu Ausstellungen Geld. Vielleicht lassen sich durch Einschränkungen im Etat einige Mittel bereit stellen. Zum anderen wird man auch daran gehen müssen, Standgeld zu erheben. Jedenfalls müssen diese Opfer schon im Interesse der Pferdezucht gebracht werden. Unterstützt wurden diese Ausführungen in besonders starker Weise noch von Herrn Quack.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag über „Aufzucht und Fütterung der rheinischen Kaltblutpferde", den Dr. Otten von der Landwirtschaftskammer in Bonn hielt. Er hatte die volle Aufmerksamkeit seiner Zuhörer, die seinen wissenschaftlichen und dennoch durchaus praktisch betonten Thesen zu folgen verstanden.

An den Vortrag schloß sich eine recht lebhafte Debatte. Dr. Otten konnte dabei noch zahlreiche Fragen klären. Oekonomierat Hummelsheim durfte eine recht interessante Versammlung schließen.

Von der Kreisjugendherberge

Die schon seit längerer Zeit beabsichtigte Vervollständigung der Kreisjugendherberge auf Schloß Burg kann jetzt durchgeführt werden. In erster Linie ist an die Mädchenbleibe gedacht. Die fehlenden Tische sind in Auftrag gegeben. Dann werden die Tagesräume instand gesetzt. Der wandernden Jugend sollen weitere Erleichterungen geschaffen werden; so prüft das Kreisjugendamt eine weitere Herabsetzung der Verpflegungssätze. Die Burger Ortsgruppe der Jugendherbergen hat eine Herabsetzung des Uebernachtungsgeldes für Schüler auf 25 Pfennig beschlossen, das Kreisjugendamt muß das noch genehmigen.

Da in letzter Zeit fremde Wandergruppen unliebsam aufgefallen sind, und Schloßbesucher und die Einwohner belästigten, soll gegen solche Wandergruppen, die hier ihr Standquartier aufschlagen wollen, in der entsprechenden Weise vorgegangen werden.

Generalversammlung der KOG

Unter starker Beteiligung, so berichtet die „Opladener Zeitung", fand am Mittwochnachmittag bei Moritz in Opladen eine außerordentliche Generalversammlung der KOG statt. Als einziger Punkt stand die „Volleinzahlung der Genossenschaftsanteile" auf der Tagesordnung.

Die ersten Ausführungen machte zu diesem Punkte der Vorsitzende des Aufsichtsrates Rudolf Tillmanns. Die Volleinzahlung der Geschäftsanteile, so sagte er, ist darum notwendig geworden, weil die Warenzentrale in Köln auf Einbringung der Außenstände drängt. Die KOG ist dort mit einem Betrag von 23 000 Mark verpflichtet. Es handelt sich hierbei um keinen sogenannten Fehlbetrag, sondern dieser Verpflichtung stehen eigene Außenstände der KOG gegenüber, so daß in dieser Summe kein Minus für die KOG zu erblicken ist.

Hierzu waren die Schilderungen, die der neue Geschäftsführer der KOG, Reinirkens, von der augenblicklichen Situation der KOG gab, recht interessant, denn sie zeigten, daß die geschäftliche Lage der Genossenschaft durchaus gesund und lebensfähig ist. Es bestehen diesbezüglich keinerlei Bedenken, lediglich die Tatsache, daß die Kölner Warenzentrale auf die Einbringung der bereits genannten Summe drängt, verursacht Schwierigkeiten. Durch diesen Umstand sieht sich die Genossenschaft gezwungen, die Einzahlung der vollen Anteile zu verlangen. Zwar wird man in dieser Beziehung Hindernisse zu überwinden haben, aber man ist bereit, Härten zu vermeiden und wird in einzelnen Fällen weitestes Entgegenkommen zeigen.

In der Debatte wurde der Vorschlag auf volle Einzahlung der Anteile scharf bekämpft. Den größten Widerstand leisteten die Eieranlieferer. Diese hielten es ihrerseits für unmöglich, jetzt die volle Anteilzahlung aufzubringen. Nach längerer Aussprache einigte man sich endlich auf den Antrag, eine Einzahlung von 100 Mark je Anteil zu leisten. Dieser Antrag wurde mit 66:46 Stimmen angenommen. Ob es durch diese Lösung möglich ist, die KOG restlos zu sanieren und die notwendigen Verpflichtungen abzudecken, ist fraglich. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als zu gegebener Zeit eine neue Versammlung einzuberufen und durch diese die Volleinzahlung der Anteile beschließen zu lassen.

Arbeitsmarktbericht

vom 16.—30. Januar

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt 4339 (Alu 2189, Kru 2150) davon 677 Weibliche (440/237). An Notstandsarbeiten sind 146 Leute beschäftigt. Wohlfahrtsunterstützte wurden 3354 gezählt. Arbeitsuchend sind insgesamt 8300 Personen.

Nach wie vor ist die Metallindustrie an den Entlassungen am stärksten beteiligt. Die Heimarbeiter der Solinger Stahlwarenindustrie leiden außerordentlich unter der Wirtschaftskrise. Die Textilindustrie scheint sich wieder mehr zu stabilisieren. Wohl wird noch kurz gearbeitet, doch haben die Entlassungen aufgehört und sind einzelne Rückrufe zu verzeichnen. In der Tabakindustrie wirken sich die Zollschwierigkeiten besonders störend aus. Die allgemeine Unsicherheit in der gesamten Weltlage lähmt das ganze Wirtschaftsleben. Die mangelnde Aussicht auf Besserung hemmt naturgemäß jede Unternehmungslust. Ob bei der allgemeinen Geldknappheit die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand möglich sein wird, kann bezweifelt werden.

Die Sprechstunden der Berufsberatung in den Außenstellen sind noch nicht eingerichtet. Der Berufsberater steht bis auf weiteres jeden Nachmittag (außer Samstags) von 3—6 Uhr den Eltern und Schülern zur Verfügung. Die Berufsberatung befindet sich noch in der Kaiserstraße 21 in Opladen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Meldung aller weiblichen Arbeitsuchenden in der Kaiserstraße 21 (Zimmer 4) zu erfolgen hat. Die männlichen Jugendlichen melden sich ebenfalls im Hauptamt Kaiserstraße 21 (Zimmer 6). Alle männlichen Arbeitsuchenden über 21 Jahre melden sich in der Zweigstelle Schöllerhof in Opladen. Der Fernruf für die Arbeitsvermittlung, außer der weiblichen und jugendlichen Vermittlung und die Versicherung ist Opladen 552.

Versammlung der Begräbniskasse

Wir weisen hiermit nochmals auf die am morgigen Freitag, abends punkt 6,30 Uhr, im Lokale Hugo Urbahn hierselbst stattfindende ordentliche Mitgliederversammlung der Begräbniskasse Burscheid hin. Es ist dies die einzige Versammlung, die im gewöhnlichen Geschäftsverlauf der Kasse alljährlich abgehalten wird, und ist deshalb deren Tagesordnung von außerordentlicher Bedeutung. Sie enthält vorerst den Geschäfts- und Kassenbericht für 1931, der wohl jedes Mitglied interessieren wird, und bringt anschließend die Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes. Des Weiteren erfolgt dann die Ergänzungswahl für zwei satzungsgemäß alljährlich ausscheidende Vorstandsmitglieder und die Wahl der Kassenrevisoren. Zuletzt hat man beim Punkt „Verschiedenes" Gelegenheit, über all das zu sprechen, was im Laufe des Jahres passiert ist und was etwa zum Vorteil der Kasse und des gemeinnützigen Unternehmens zu verbessern wäre. Der Vorstand sieht derartigen Vorschlägen aus dem Kreise der Vertrauensleute und der Mitglieder gerne entgegen und begrüßt eine tatkräftige Mitarbeit im Sinne der Verbesserung und der Förderung der Begräbniskasse. Es wäre deshalb zu wünschen, daß sich die Mitglieder recht rege an der Versammlung beteiligen würden.

Deutscher Abend in Hilgen

Am kommenden Samstag, den 13. Februar, abends 7 Uhr, veranstaltet die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Sektion Hilgen, im Saale des Herrn Heinrich Prante, unter Mitwirkung der SA-Kapelle Sturm 43 einen Deutschen Abend.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Familienabend in Blasberg

Der Unterhaltungsverein „Gemütlichkeit" Blasberg feiert am kommenden Samstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Hugo Busch in Blasberg seinen diesjährigen Familienabend. Der bekannte Humorist Jim Scheer-Köln wird für Unterhaltung sorgen.

Im Anzeigenteil der morgigen Ausgabe werden Freunde und Gönner des Vereins zu dieser Veranstaltung herzlichst eingeladen.

Fahrraddiebstahl

In den Abendstunden des Dienstags wurde einem auf der Geschäftstour befindlichen Zigarren- und Zigarettenhändler an der Wirtschaft Schmitz in Nagelsbaum das Fahrrad gestohlen.

Unser Roman „Im Gutshaus von Mahlow" von Gert Rothberg, der von unseren Lesern mit besonderem Interesse und Gefallen gelesen wird, ist soeben im Verlag Martin Feuchtwanger, Halle (Saale), in Buchform erschienen. Das Buch kann auch in unserer Geschäftsstelle und bei unseren Zeitungsträgern zum Preise von 3.15 RM bestellt werden.

Hausbandwirker gegen weiteren Lohnabbau

Der Arbeitsgemeinschaftsvertrag zwischen Bandwirkermeisterverband und Hutbandfabrikanten ist zum 31. März gekündigt. Für Artikel in Gaze, Flor und Krauseband fordern die Fabrikanten seit längerer Zeit eine Außerkraftsetzung der Lohnliste, ferner auch den zehnprozentigen Zuschlag zur Lohnliste. Da die Lage der Hausbandwirker seit Jahren sehr ungünstig ist und im Durchschnitt nur 30 v. H. der Bandwirker beschäftigt sind, werden die Forderungen der Fabrikanten abgelehnt. Zur Klärung der Frage hat sich der Verband an den Schlichter gewandt, während die Fabrikanten den Reichswirtschaftsminister um Entscheidung gebeten haben. Der Absatz der Bänder ins Ausland geht durch die Abwanderung der hiesigen Industrie nach England zurück. Der Verband hat sich an die Regierung gewandt, um eine weitere Verschleppung der Bandstühle ins Ausland zu verhindern. Dem Bandwirkermeisterverband gehören 1871 Mitglieder mit 2349 Bandstühlen an.

Die Beitragserhebung für das Realgymnasium in Opladen

Zwischen dem früheren Landkreise Solingen-Lennep und der Stadt Opladen war folgende Vereinbarung getroffen: Von dem jährlichen Fehlbetrag der Anstalt sind zunächst abzusetzen der Staatszuschuß und der vom Gesamtkreis zu zahlende Zuschuß. Dieser letzte wird von 8000 auf 15 000 RM erhöht. Von dem dann noch verbleibenden Fehlbetrag übernimmt die Stadt Opladen zunächst eine Vorbelastung von 25 Prozent, während der Rest von 75 Prozent auf die Gemeinden Berg. Neukirchen, Burscheid, Hitdorf, Leichlingen, Opladen, Leverkusen, Richrath-Reusrath, Monheim, Baumberg und Witzhelden je zur Hälfte nach der Schülerzahl und der Steuerkraft umgelegt wird. Die Schülerzahl wird errechnet nach dem Stande vom 1. Mai des laufenden Jahres, die Steuerkraft nach dem vorhergehenden Rechnungsjahre.

Wie hoch die zu leistenden Beiträge sind, möge die letzte Verteilung verdeutlichen: Baumberg ohne einen Schüler, der das Opladener Realgymnasium besucht, bezahlt jährlich 364,75 RM, Berg. Neukirchen mit 11 Schülern bezahlt 2543,65 RM, Burscheid zahlt mit 26 Schülern 7004,60 RM, Hitdorf für 3 Schüler 1181,48 RM, Leichlingen für 32 Schüler 7720,39 RM, Leverkusen für 38 Schüler 40 926,02 RM, Monheim für 8 Schüler 3021,49 RM, Opladen für 170 Schüler 36 704,46 RM, Richrath-Reusrath für 27 Schüler 9165,98 RM und Witzhelden für 6 Schüler 1379,03 RM.

Brotpreissenkung

Das Mittelstandskartell Opladen schreibt uns:

Die Gesamtvorstände der Bäckerinnungen von Leverkusen, Opladen und Umgebung haben in Anbetracht der stets sinkenden Konsumkraft der Bevölkerung beschlossen, ihren Mitgliedern zu empfehlen, daß sie mit sofortiger Wirkung ein billiges, gesundes und schmackhaftes Landbrot (Mischung aus $^2/_3$ Weizenbrotmehl und $^1/_3$ Roggenmehl) herstellen und zum Preise von 38 Pfg. das kg., das sind 76 Pfg. für ein 4pfündiges Brot, verkaufen. Der Preis für Schwarzbrot beträgt 48 Pfg. für ein 3pfündiges Brot und 65 Pfg. für ein 4pfündiges Schwarzbrot. Geschnittenes Brot wird nach wie vor für 20 Pfg. pro Pfund verkauft.

Rot-Kreuz-Tag 1932

Der Rotkreuztag, der in jedem Jahre von den deutschen Rotkreuzvereinen zur Geltung des Wirkens und der hohen Idee des Roten Kreuzes einheitlich im ganzen Reich veranstaltet wird, findet in diesem Jahre am Sonntag, den 12. Juni, statt. Mit dem Rotkreuztag ist eine öffentliche Sammlung für die humanitären Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes verbunden. Das Rote Kreuz zählt in Deutschland gegenwärtig insgesamt rund 8000 Organisationen mit über 1 430 000 Mitgliedern. Die Zahl seiner Anstalten, Heilstätten, Krankenpflegestationen, Heime, Kindergärten, Fürsorgestellen, ständigen Rettungswachen und dergl. beträgt über 8000.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Die Untersuchung der Schulneulinge

durch Kreiskommunalarzt Dr. Dick findet am Samstag, den 13. Februar, im evangelischen Gemeindehaus statt, und zwar werden um 9 Uhr vormittags die Mädchen und um 10 Uhr die Knaben untersucht. Zur Beurteilung der Schulbesuchsfähigkeit der schulpflichtig werdenden Kinder müssen sämtliche Kinder vorgestellt werden.

Die kältesten Temperaturen dieses Winters

Die heranziehende kontinentale arktische Kaltluft hat sich in der vorvergangenen Nacht auch auf das nördliche Westdeutschland ausgedehnt und die tiefsten Temperaturen dieses Winters mit sich gebracht. Von der Essener Wetterwarte wurden minus 10 Grad gemessen. Auf dem Kahlen Asten verzeichnete man sogar minus 17 Grad. Das kalte trockene Wetter wird voraussichtlich weiter anhalten.

Verschiebung des Frankfurter Sängerfestes?

Von der Stadt Frankfurt ist als Beteiligung am Sängerfest eine Summe von 300 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Auch die einzelnen Gauabteilungen des deutschen Sängerbundes sollen entsprechende Zuschüsse leisten. Mit Rücksicht auf die immer weiter zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist jedoch der Antrag gestellt worden, das Fest auf einen günstigeren Termin zu verschieben. Eine endgültige Beschlußfassung darüber ist erst Ende Februar zu erwarten.

Keine Herabsetzung der Schul- und Kolleggelder möglich

In einer Kleinen Anfrage war das Staatsministerium gefragt worden, ob es bereit sei, angesichts der sonstigen Preisherabsetzungen auch die Schulgelder, Studiengebühren und Kolleggelder herabzusetzen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf die Kleine Anfrage erwidert, daß eine Herabsetzung der in Frage stehenden Gebühren zurzeit leider nicht durchführbar erscheint, daß sie aber bei einer Besserung der staatlichen Finanzlage in Erwägung gezogen werden wird.

Geschäftsinhaberschilder am Ladeneingang

Aus Kreisen der reisenden Kaufleute wird darüber geklagt, daß die Vorschrift des Paragraphen 15a der Reichsgewerbeordnung über das Anbringen eines ausgeschriebenen Vornamens und des Familiennamens der Gewerbetreibenden an der Außenseite oder am Eingang des Ladens vielfach nicht beachtet wird. Insbesondere wird bemängelt, daß bei Uebergang des Geschäfts auf die Ehefrau oder die Witwe der bisherigen Firmenbezeichnung oft nur das Wort „Frau" oder sogar nur „Fr." vorangesetzt wird. Daraus sollen bei der Einziehung rückständiger Forderungen nicht selten Schwierigkeiten und Zeitverluste entstanden sein. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Handelsminister die Polizeibehörden ersuchen lassen, auf die Beachtung der bezeichneten Vorschrift ihr Augenmerk zu richten.

Aus Westdeutschland

Leichenfund im Weiher

Köln, 11. Febr. Gestern mittag fand ein Fußgänger im Aachener Weiher an der Ecke der Kanal- und Dürener Straße eine Leiche. Die herbeigerufene Mordkommission stellte fest, daß es sich um eine Frau in den mittlern Jahren handelt; Personalien fehlten bei der Leiche. Die Todesursache ist noch nicht bekannt. Es scheint sich jedoch nicht um ein Verbrechen zu handeln. Die Mordkommission nimmt an, daß die Frau in der Dunkelheit in den Weiher gefallen ist und bei der Kälte des Wassers einen Herzschlag erlitten hat.

Auflösung einer nationalsozialistischen Ansammlung

Düsseldorf, 11. Febr. Polizeibeamte beobachteten am Mittwoch abend etwa hundert Angehörige der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auf den Oberkasseler Rheinwiesen. Da die Beamten annahmen, daß es sich um eine verbotene Nachtübung handelte, wurde eine Bereitschaft der Schutzpolizei zu dem Gelände beordert. Beim Eintreffen der Polizei lösten sich die Gruppen auf. Die Beamten nahmen zehn Teilnehmer der Ansammlung fest, die jedoch nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen wurden.

1600 Personen beim Schmuggel abgefaßt

Düsseldorf, 11. Febr. Im Monat Januar sind an der Grenze des Landesfinanzamtes Düsseldorf von Grenzaufsichts- und Zollfahndungsbeamten 1600 Personen beim Schmuggel abgefaßt worden. Es konnten ihnen insgesamt 235 000 Zigaretten, 20 300 Päckchen Zigarettenpapier, 4400 kg Tabak, 2100 kg Kaffee, 23 300 kg Getreide, 4200 kg Müllereierzeugnisse und 3500 kg sonstige Waren abgenommen werden. Ferner wurden 139 Fahrräder und neun Kraftwagen, die zur Beförderung von Schmuggelwaren dienten, beschlagnahmt.

Will Remarque nach Holland?

Cleve, 11. Febr. Es geht in Cleve das Gerücht um, daß der dort wohnende bekannte Schriftsteller Erich Remarque seinen Wohnsitz von Cleve nach Bussum in Holland zu verlegen beabsichtigt.

105 Jahre alt

Wohl die älteste Frau des Rheinlandes dürfte die Witwe Josef Gaß in Köln sein. Sie feierte in völliger geistiger und körperlicher Frische ihren 105. Geburtstag, kann noch ohne Brille lesen und wohnt mit ihrer 78jährigen Tochter im städtischen Altersheim. Unser Bild zeigt die 105jährige in ihrem Heim.



Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Vergebliche Liebesmüh

Opladen, 11. Febr. In einer der letzten Nächte versuchten unbekannte Täter in das Lager einer hiesigen Brennerei einzubrechen. Die Einbrecher konnten die zum Lager führende Tür mit Gewalt aufmachen, stießen dann aber auf eine zweite eiserne Tür, die allen Anstrengungen erfolgreichen Widerstand leistete, so daß sie ohne Beute abziehen mußten.

Ehrenpatenschaft

Leichlingen, 11. Febr. Reichspräsident v. Hindenburg hat über das zwölfte Kind der Eheleute Albert Franz zu Bennert die Ehrenpatenschaft übernommen.

Senkung der Rundfunkgebühren gefordert

Leichlingen, 11. Febr. Nachdem in der letzten Versammlung des Verschönerungs- und Verkehrsvereins lebhaft darüber Klage geführt worden ist, daß die Rundfunkgebühren zu hoch seien, hat sich der Vorstand an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost in Berlin gewandt mit der Bitte, eine Ermäßigung dieser Gebühren eintreten zu lassen. Der Antrag wird u. a. damit begründet, daß eine Ermäßigung eine Zunahme der Hörer bringen werde. Gleichzeitig hat sich der Verein an die Industrie- und Handelskammer in Solingen und an die Handwerkskammer in Düsseldorf gewandt mit der Bitte, in gleichem Sinne bei der Reichspost vorstellig zu werden.

Wald verschwindet

Langenfeld, 11. Febr. Der letzte Rest ehemals großer Eichenwaldungen an der Düsseldorfer Straße, der Eichenwald am Brandsacker, wird ausgerodet. Damit geht die idyllische Lage der dortigen Wohnhäuser auch verloren. Der Boden soll zunächst landwirtschaftlich ausgenutzt werden, vor allen Dingen aber zu Bauplätzen dienen. Man denkt dabei in erster Linie an Siedlungen ähnlich denjenigen an der Blumenstraße.

Weitere Festnahmen

Burg a. d. W., 11. Febr. Ergänzend zu dem vor einigen Tagen gebrachten Polizeibericht über Kaninchen- und Hühnerdiebstähle wird mitgeteilt, daß noch weitere Personen festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt wurden.

Ergebnis der Studenten-Wahlen an der Universität Köln.

Köln, 10. Februar. Bei den Wahlen für die Allgemeine Deutsche Studentenschaft (Asta) an der Universität Köln wurden 1305 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Liste 1: Arbeitsgemeinschaft nationaler Studentinnen 14 Stimmen; Liste 2: Nationaler Block 633 Stimmen, 8 Mandate; Liste 3: Nationalsozialistische Studentenschaft 621 Stimmen, 8 Mandate; Liste 4: Politisch und religiös neutrale Turner- und Sportlervertretung 31 Stimmen; Ungültig waren: 6 Stimmen.

Grube "Pfannenberger Einigkeit" wird geschlossen.

Siegen, 10. Februar. Die Erzgrube „Pfannenberger Einigkeit" hat der gesamten Belegschaft zum 15. Februar gekündigt, da die Grube stillgelegt werden soll.

Das Neueste

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz in München schreibt zur Frage der Reichspräsidentenwahl, die Nationalsozialisten ließen sich in ihrer Haltung durch die täglichen Lügenmanöver der Gegner nicht beirren, die Zwietracht in die Front der nationalen Opposition säen wollten. Sie glaubt an ihre nationalen Freunde.

Das Ergebnis der Volkszählung in der Provinz Bozen lautet der Agentur Stefani zufolge: 195 177 deutschsprechende Einwohner, 65 508 Italiener und 1835 Slawen.

Ein Transportzug des Cirkus Gleich, der sich gestern Abend nach Charleroi begeben wollte, entgleiste auf dem Brüsseler Westbahnhof. Drei Wagen mit Pferden, Elefanten und Büffeln wurden zertrümmert.

Der französische Handelsminister hatte am Mittwoch mit dem deutschen Botschafter v. Hoesch in Paris eine längere Unterredung über deutsch-französische Wirtschaftsfragen.

Die Pariser Morgenpresse lehnt Grandis Rede scharf ab. „Echo de Paris" schreibt, die Spitze der Rede sei dauernd gegen Frankreich gerichtet gewesen.

Grandis Abrüstungsrede wird von der Londoner Morgenpresse warm begrüßt. „Times" sagt, daß Grandis Forderungen auf Gleichberechtigung aller Nationen und Herabsetzung der Rüstungen in keiner Weise mit der Sicherheit unverträglich sei.

Dem amerikanischen Kongreß wird in der nächsten Woche ein Gesetzentwurf zugeleitet werden, der eine Milliarde Dollars freien Goldes flüssig machen soll, um dem Geldhamstern entgegenzutreten.

Die Verhandlungen zwischen den vier hauptsächlich an der Schanghaifrage interessierten Mächte über die Japan gegenüber einzunehmende Haltung wird zwar fortgesetzt, haben aber bisher keinen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen.

Die Lage in Schanghai hat sich wenig verändert. Der Mittwoch brachte keinerlei Veränderung der militärischen Lage. Es herrscht allgemein die Ansicht, daß sich innerhalb der nächsten 24 Stunden schwere Kämpfe abspielen werden.

In Schlesien bis zu 27 Grad Kälte

Vom Observatorium Breslau-Krietern wird gemeldet, daß die vergangene Nacht in Schlesien eine weitere Frostverschärfung brachte. Während in Breslau —20 Grad gemessen wurden, betrug die Kälte auf dem Glazer-Schneeberg sogar —27 Grad.

Neue deutsche Note in der Memelfrage

Staatssekretär v. Bülow hat heute Vormittag eine neue Note an den Generalsekretär des Völkerbundes geschickt, worin er die neuesten Rechtsbrüche im Memelgebiet zur Kenntnis gibt. Die deutsche Regierung wiederholt in dieser Note ihren Antrag, daß der Völkerbundsrat inanbetracht der Dringlichkeit der Angelegenheit sofort zu einer Sitzung einberufen werde.

81jährige Greisin verbrannt.

Koblenz, 10. Februar. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich in dem Moseldorf Lay. Aus bisher unbekannter Ursache fingen die Kleider einer 81jährigen Greisin Feuer. Die Frau erlitt so schwere Brandwunden, daß sie in hoffnungslosem Zustand dem Krankenhaus zugeführt werden mußte, wo sie im Laufe des Abends starb.

Haftbefehl gegen Albrecht.

Dortmund, 9. Februar. Der der Mordtat in Dortmund-Höchsten dringend verdächtige Montagearbeiter Fritz Albrecht wurde dem Vernehmungsrichter vorgeführt, der Haftbefehl gegen ihn erließ. Die Arbeiten der Mordkommission nahmen ihren Fortgang.

Das Wetter von heute und morgen

Milderung des Frostes, teils wolkig teils heiter, ohne wesentliche Schneefälle, mäßige Nordwinde.

Belgien Frankreichs Vasall

Des belgischen Außenministers Abrüstungsrede in Genf

In der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz in Genf sprach als erster Redner der belgische Außenminister Huymans. Die Tendenz seiner Rede ergibt sich aus den einleitenden Sätzen:. Belgien hat sich in doppelter Absicht auf die Konferenz begeben: mitzuarbeiten an einer internationalen Verständigung für die Begrenzung oder Herabsetzung der Rüstungen und zu wachen, über seine Sicherheit. Wenn Belgien auch besondere Garantien in dem Rhein-Pakt findet, so weiß es jedoch, daß jeder Konflikt politische, wirtschaftliche und soziale Verwicklungen herbeiführen würde, unter denen Belgien zu leiden hätte.

Belgien will die militärischen Werkzeuge behalten, die ihm zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit im Falle der Bedrohung und des Angriffes unentbehrlich sind.

Huymans sprach seine volle Zustimmung zu den französischen Vorschlägen aus und hob besonders das Verbot der schweren Angriffswaffen des chemischen Krieges und den Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Schaffung einer internationalen Rüstungskontrolle hervor. Belgien lege an seinen Grenzen Verteidigungswerke an, die zum Schutze seines Gebietes bestimmt seien. Es sei wiederholt der Schauplatz großer Kriege gewesen. Belgien habe die Pflicht, die notwendigen Vorkehrungen gegen die Rückkehr solchen Unheils zu treffen.

Huymans entwickelte hierauf ausführlich den Gedanken, daß die

Sicherheitsfrage mit der Abrüstung eng verbunden

sei, um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß für die besonders exponierten Länder, wie Belgien, noch keine ausreichende Sicherheit bestehe. Die Herabsetzung der Rüstungen wäre gewiß ein Grund zur Entspannung, aber man dürfe nicht verkennen, daß die materielle Abrüstung nur Hand in Hand mit der moralischen Abrüstung möglich sei. Die Organisierung des Friedens sei nicht nur ein politisches und juristisches Werk, sondern eine großzügige physiologische Leistung.

Huymans sagt zum Schluß, ein eigenartiger Wiederspruch will es, daß gerade in dem Augenblick, wo man die Notwendigkeit der Organisierung des politischen Friedens verkünde, man den Wirtschaftskrieg organisiere.

Litwinoff lehnt Frankreichs Thesen ab

Nach dem belgischen Außenminister sprach der Vertreter der Sowjetunion Litwinoff über die russischen Abrüstungsforderungen. Er wiederholte den Vorschlag der allgemeinen Abrüstung und machte dann im Sinne seiner Vorredner konkrete Vorschläge für die Abschaffung gewisser schwerer Angriffswaffen. Nach Auffassung der sowjetrussischen Delegation könnte die Abrüstungsfrage nur durch ein Mittel zur Beendigung der Kriege gelöst werden. Die Sowjetregierung habe wiederholt den Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung als einziges Mittel zur Abschaffung der Kriege gemacht. Weder die bestehenden Pakte noch Organisationen noch die Begrenzung der Rüstungen könnten die Kriege verhindern. Die Formel der Sowjetdelegation laute:

Sicherheit gegen den Krieg.

Damit unterscheide sich der sowjetrussische Sicherheitsbegriff von den der anderen Delegationen.

Litwinoff ging als erster Redner ausführlich auf die französischen Vorschläge ein, selbstverständlich, um zu einer völligen Ablehnung derselben zu gelangen.

Zum Schluß erklärte der Redner, daß die sowjetrussische Delegation, wenn sie auch den Standpunkt „völlige Abrüstung oder nicht" vertrete, bereit sei, jeden Vorschlag zu erörtern, der auf eine Herabsetzung der Rüstungen hinausgehe.

Kaum begonnen schon vertagt?

„Echo de Paris" glaubt die Gerüchte dementieren zu können, nach denen zwischen der englischen und französischen Regierung eine Einigung in der Tributfrage erzielt sei. Alles, was bisher erreicht worden sei, sei die Vertagung der Reparationskonferenz auf den Monat Juni.

Neue Verordnung für die Rheinschiffahrt.

Koblenz, 10. Februar.

Der Oberpräsident (Rheinstrombauverwaltung) hat eine Polizeiverordnung erlassen, die sich mit der Aenderung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 1. Januar 1913 befaßt. Nach einer neuen Verordnung über die Ausübung der Schiffahrt bei bestimmten Wasserständen auf der Rheinstrecke zwischen Basel und Maxau befaßt sich die neue Verordnung mit einer Reihe von Fragen hinsichtlich der Vorschriften für die Schiffahrt auf dem Rhein-Seiten-Kanal Hüningen-Kembs, um dann auf die Wahrschauen auf der Felsenstrecke zwischen Bingen und St. Goar, die Fahrten durch das Binger Loch und das Anlegen der Personendampfer in St. Goar näher einzugehen. In einer zweiten Polizeiverordnung wird eine Aenderung der Ordnung für die Untersuchung der Rheinschiffe vorgenommen. Die neuen Bestimmungen treten mit dem 1. März 1932 in Kraft.

Verschwundene Akten.

Die tägliche Sensation im Fingerhut-Prozeß.

Wuppertal, 11. Februar.

Im Fingerhut-Prozeß wurde in der Vernehmung des früheren Mitangeklagten und jetzigen Zeugen Köhler fortgefahren. Er widersprach heftig den Aeußerungen Sauermanns, der behauptet hatte, Köhler hätte mit Fingerhut luxuriöse Reisen nach Berlin unternommen und hätte diesem bewußt Kruppsche Bohrer geliefert. Interessant war die Aussage Köhlers, daß

die Kruppsche Polizei

den gesamten Briefwechsel Köhlers in dessen Wohnung gesucht und beschagnahmt habe. Eigenartigerweise liegt aber die Korrespondenz zwischen Köhler und Sauermann nicht bei den Prozeßakten, da sie verloren gegangen sein soll.

Der wegen Hehlerei bestrafte Zeuge Wessolett behauptete, daß Köhler zum mindesten fünf Lieferungen von Kruppschen Bohrern mit den bekannten Fabrikzeichen erhalten habe. Schließlich wurde Ingenieur Reschke vernommen. Er behauptete, Fingerhut sei an ihn ebenfalls mit der Bitte herangetreten, Sauermann zu beeinflussen, gegen entsprechende Entschädigung endlich die Wahrheit zu sagen.

Raubüberfall auf eine Gastwirtschaft.

Geilenkirchen, 10. Februar. Nachts gegen 2 Uhr betraten zwei Maskierte die Wirtschaft Velderhof in Geilenkirchen, als der Wirt mit seiner Frau die Abrechnung machte. Sie drangen auf den Wirt ein und verlangten die Kasse. Einer der Maskierten gab darauf zwei Schüsse auf den Wirt ab. Der Getroffene brach bewußtlos zusammen. Bis zur Stunde fehlt von den Tätern jede Spur.

Großfeuer in einem Dorf.

Geilenkirchen, 10. Februar.

Ein schweres Großfeuer hat in Birgden Scheunen und Stallungen zweier großer Gehöfte vernichtet. Das Feuer war in einem der Gehöfte entstanden, dessen Besitzer bei Nachbarn zum Skatspiel weilte. Die freiwillige Feuerwehr hatte große Mühe, zwei Frauen, die sich in dem brennenden Gehöft befanden und von denen die eine vor ihrer Niederkunft stand, zu retten. Inzwischen hatten die Flammen auf die Stallungen des Nachbarhofes übergegriffen. Es gelang schließlich, das Wohnhaus des einen Gutshofes fast ganz und das andere zum Teil zu retten. Stallungen und Scheunen brannten vollständig aus.

Zwei Botschafter und eine Tänzerin

Anläßlich der Festvorstellung im Großen Schauspielhaus in Berlin zugunsten der Winterhilfe haben während der Pause die Künstler Beiträge für die Winterhilfe gesammelt. Unser Photograph hat hier (von links) den französischen Botschafter François-Poncet und den amerikanischen Botschafter Frederic Sackett festgehalten, wie sie gerade sich in die Gabenliste der reizenden Tänzerin Maria Solveg einzeichnen



Olympische Winterspiele 1932

Sonja Hennie wieder Olympiasiegerin

Der Kunstlauf der Damen im Rahmen der Olympischen Winterspiele in Lake Placid wurde am Mittwoch-Abend im überfüllten Eispalast mit dem Kürlauf beendet und entschieden. In später Nachtstunde verkündete das Preisgericht den Sieg der norwegischen Titelverteidigerin Sonja Hennie. Die Wienerin Fritzi Burger stand der Siegerin nicht viel nach.

Amerika schlägt Deutschland 8:0

Eine schwere Niederlage erlitt die deutsche Eishockey-Mannschaft im Rückspiel gegen USA mit 8:0 Toren. In der deutschen Mannschaft fehlte jeder Halt.

Die 15 ersten Plätze den Nordländern

Zu einem unerhörten Triumpf für die Vertreter Skandinaviens gestaltete sich der 18-Kilometer-Langlauf, wo die 15 ersten Plätze von den Nordländern besetzt wurden. Utterstroem (Schweden) wurde Sieger und damit Olympiameister in 1,23:07 Stunden vor seinem Landsmann Vilstrom 1,25:07.

Vom Büchertisch

„Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine allgemeine Abrüstung erfordert". Diesen Artikel 8 der Völkerbundsakte des Versailler Friedensvertrages hat Karl Arnold zum Thema eines Gedenkblattes zur Genfer Abrüstungskonferenz gewählt, das Deutschland mit einem Regenschirm bewaffnet, umgeben von seinen schwer gerüsteten Nachbarn zeigt. Die Zeichnung erscheint in der neuesten Nummer der Münchner Illustrierten Presse (Nr. 7). — Zwei weitere Seiten behandeln das Thema der Genfer Abrüstungskonferenz. — Aus dem Inhalt der Nummer nennen wir noch den Bilderaufsatz „Das stille Königsberg", „Aufruhr in Spanien" und „Künstliche Lawinen", ein interessanter Bildbericht von den Forschungen im Freiluft-Laboratorium Prof. Dr. W. Paulckes.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas;
für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Zwangs-Versteigerung

Am **Freitag, den 12. Februar,** nachmittags 4 Uhr sollen zu **Burscheid** im Versteigerungslokale Gasthaus Ohmann

1 Kachelkamin mit Ofen, 1 Schreibtisch mit Aufsatz,

um 5 Uhr in **Sträßchen** im Versteigerungslokale Gasthaus Lennartz

1 Vitrine, 1 Klavier, 1 Schrankgrammophon, 1 Büfettschrank, 1 Schreibmaschine, 1 Chaiselongue, 1 Tisch,

sodann um 6 Uhr in **Hilgen** an Ort und Stelle (Käufer Gasthaus Prante)

1 Klavier

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Stüemer,
Obergerichtsvollzieher in Opladen.

Börsen Märkte Handel

Kölner Ledermarkt
vom 10. Februar.

(Die Preise sind Großhandelspreise aus erster Hand und erster Sortimente. Spezialfabrikate sind nicht einbegriffen.)

Eichenlohg. Rhein. Sohlleder in Hälften 3,85 bis 4,35, do. in Kernstücken 5,70—6,20, Zahm-Vacheleder in Hälften 2,45—2,90, do. in Kernstücken 4,25—5,20, Wild-Vacheleder in Hälften 2,15—2,80, do. in Kernstücken 3,60—4,90, Wild-Vachehälse 2—2,40, Wild-Vacheseiten 1,20—1,60, Spalte lohgar, lissiert in Kernstücken 1,20—2, Blankleder in Hälften, braun 3—4,55, Riemenlederkernstücke, kurzgeschnittene 3,75—6,10 Reichsmark für 1 Kilogramm. Vachetten, gewöhnliche Sorten 5,80—11 Reichsmark für 1 Quadratfuß effektives Maschinenmaß. Besondere Qualitätsleder in Zahm- und Wildvacheleder brächten bis 10 Prozent mehr.

Stimmungsbericht: Die Nachfrage hat sich etwas gebessert

Kölner Häute- und Fellemarkt
vom 8. Februar.

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Großviehhäute: Ochsen. Kühe. Rinder, Bullen bis 29 Pfund Klasse I —, Klasse II 0,23—0,29, do. von 30—49 Pfund 0,25—0,39, 0,21—0,31, Ochsen, Kühe, Rinder von 50—69 Pfund 0,28 bis 0,43, 0,21—0,30, do. von 70 Pfund und mehr 0,30—0,43, 0,21—0,31, Bullen von 50—79 Pfund 0,20—0,26, 0,18—0,24, do. von 80 Pfund und mehr 0,20—0,25, 0,15—0,20 Reichsmark. Fresserfelle gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,22—0,30, Kalbfelle, gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,29 bis 0,39 Reichsmark für 1 Pfund Frischgewicht. Roßhäute, gesalzen, bis 219 Zentimeter lang 3 bis 5, Roßhäute, gesalzen, lang aufwärts 220 Zentimeter 8,50—10 Reichsmark für 1 Stück.

Stimmungsbericht: Marktlage ziemlich unverändert. Anhaltende Nachfrage besonders nach Spezial-Sortimenten.

Amtliche Berliner Produktennotierungen
vom 10. Februar.

Weizen, märkischer, Durchschn. (75—76 Kilogramm) 242—244; fester. Roggen, märkischer, Durchschn. (72—73 Kilogramm) 193—195; stetig. Gerste, ab märk. Stat., Braugerste 160—168; Gerste, Futter-Industrie 153—157; ruhig. Hafer, märkischer 139—147; fester. Weizenmehl 29—33; still. Roggenmehl 27—29; still. Weizenkleie 9,5 bis 9,9; behauptet. Roggenkleie 9,5—9,9; behauptet. Erbsen, Viktoria 21—27,5, kleine Speiseerbsen 21—23,5, Futtererbsen 15—17, Peluschken 16—18, Ackerbohnen 14—16, Wicken 16—19, Lupinen, blaue 10—12, do. gelbe 14,5 bis 16, Seradella neue 23—29, Leinkuchen 11,2, Erdnußkuchen 12,4, do. Mehl 12,2—12,3, Trockenschnitzel 7,6—7,8, extrah. Sojabohnen-Schrot 10,5 do. 11,5, Kartoffel-Flocken 12,5—12,6.

Amtliche Terminprodukten
vom 10. Februar.

Weizen: März 253,5, Mai 260,5—260,25 Roggen: März 202,75, Mai 209,25. Hafer: März 153,5, Mai 158,75—159.

Die Berliner Wertpapierbörse bleibt zurückhaltend.

Berlin, 10. Februar.

Im Telephonfreiverkehr wurde weiterhin starke Zurückhaltung geübt. Die schwächere Newyorker Schlußbörse sowie die Arbeitslosenziffer, die nunmehr auf über sechs Millionen gestiegen ist, drückten auf die Tendenz. Mit lebhafter Spannung sieht man der endgültigen Lösung des Projektes über die Verschmelzung der Dresdener und der Danatbank entgegen. Die Kurse gaben gegenüber dem Stand vom Vorabend, wo sie bereits drei bis vier Prozent verloren hatten, weiter nach. Farben und Reichsbank bröckelten ab. AEG. weiter angeboten. Nur für Rheinbraun hält sich das Interesse. Kontikautschuk und Charlottenburger Wasser ebenfalls behauptet. Geldmarkt unverändert. Tagesgeld war für 7¼ bis ½ zu haben. Privatdiskonte weiter gefragt.

Glasfusion genehmigt.

Dresden, 10. Februar. Die Generalversammlungen der Sächsischen Glasfabrik Radeberg und der August Walther u. Söhne AG. genehmigten die Sanierungsfusion. Lediglich bei Walther machte sich gegen die Genehmigung des Verlustabschlusses von 0,44 Mill. Reichsmark und gegen den Zusammenschluß eine Opposition von 98 Stimmen geltend. Der Sanierungsgewinn, der durch Zusammenlegung der Stammaktien im Verhältnis 20 : 1 entsteht, soll zu Abschreibungen Verwendung finden. Der größte Teil der Schulden werde getilgt, bzw. in Aktien umgewandelt.

Die Zollmauern stehen.

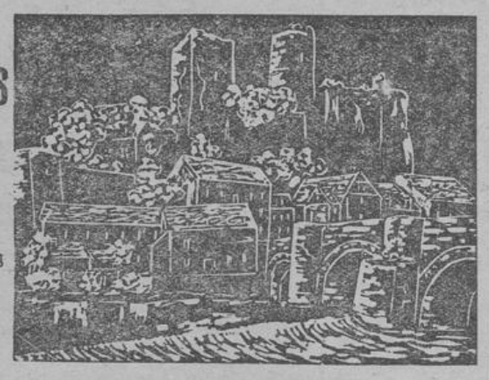
Annahme des 10prozentigen Zolltarifs im englischen Unterhaus.

London, 10. Februar.

Das Unterhaus hat die Finanz-Entschließung, durch die der 10prozentige allgemeine Zolltarif eingeführt wird, mit 452 gegen 76 Stimmen angenommen.

Die zweite Entschließung, die die Zusatzzölle genehmigt, wurde mit 430 gegen 73 Stimmen angenommen. Die dritte Finanzentschließung über die Vorzugsbehandlung innerhalb des Weltreiches und über Zusatzzölle über Abwehr gegen Sondermaßnahmen des Auslandes gelangte mit 421 gegen 68 Stimmen zur Annahme. Die drei liberalen Minister stimmten gegen die Vorlage.

Im Gutshaus von Mahlow



Roman von Gert Rothberg

Copyright by Feuchtwanger Halle/Saale

20

Am Nachmittag wurde Ellen Svenson beerdigt. Ein Telegramm ihres Vaters hatte bestimmt, wie alles vor sich gehen sollte.

Nun schlief die reiche Amerikanerin auf dem alten, schönen Friedhof in Berlin den ewigen Schlaf.

Horst Mahlow war tief erschüttert. Schuldig aber fühlte er sich nicht. Vielleicht wenn Ellen ihn auf seine Bitte hin freigegeben, dann hätte er doch glauben müssen, daß sie durch ihn in die Arme dieses Verbrechers getrieben worden sei.

So aber? Sie hatte es selbst gewollt. Sie hatte trotzig seine Bitte zurückgewiesen, und er hatte sich stillschweigend gefügt. Dann war dieser angebliche Graf in ihr Leben getreten, und nun hatte sie es selbst für richtig befunden, ihre Verlobung zu lösen.

Schicksal! In den meisten Fällen zimmert der Mensch es sich selbst, mußte Horst Mahlow denken, als er an Mister Patters' Seite im Auto nach dem Hotel zurückfuhr. Miß und Mistreß Patters fuhren in einem andern Wagen, und die Damen waren ganz aufgelöst vor Schmerz. Sie hatten Ellen sehr geliebt.

Mister Patters hatte Herrn Mahlow vorgestellt. Man hatte einige freundliche Worte gewechselt, und dann hatte sich Horst feinfühlig zurückgezogen.

Nun schüttelte ihm Patters noch die Hände.

„Ich bleibe noch zwei Monate in Berlin. Ich hoffe, daß sich bis dahin die Perlen wiederfinden. Obgleich Svenson kabelte, er komme sofort herüber, so ist es doch besser, ich bleibe da, denn es vergeht immerhin einige Zeit bis zu seiner Ankunft. Es war mir eine große Freude, Sie kennenlernen zu dürfen, und ich bedaure es tief, daß Ellen die Verlobung löste. Dann wäre alles anders gekommen. Es hat doch keinen Zweck, hinterher über das Wenn und Aber des menschlichen Lebens zu streiten. Unser Schicksal ist Bestimmung. Manchmal, ja manchmal, da zimmern wir es uns wohl selbst. Und in diesem Falle war es bestimmt so. Leben Sie wohl, Herr Mahlow!"

„Leben Sie wohl, Mister Patters! Eine untertänige Empfehlung an Ihre sehr verehrten Damen."

Ein letzter Händedruck, dann ging Horst Mahlow.

Als er später oben in seinem Zimmer stand, stürmten die Ereignisse noch einmal mit voller Wucht auf ihn ein. Ueber Ellens traurigem Tode stand die Frage: Wie weit ist Lelia nun eigentlich beteiligt an dieser furchtbaren Tat?

Doktor Brechs Frau!

Was ging ihm denn die Frau dieses Halunken an? Weshalb war noch immer ein gewisses Mitleid in ihm mit dieser Frau?

Horst Mahlow ballte die Hände.

Es muß doch wenigstens ein einziger guter Kern in diesem schönen Frauenkörper sein, dachte er.

Und er wußte, daß er seine erste, wahre Liebe nicht nur in diesem Sumpfe sehen wollte.

Seine Gedanken suchten ein schönes, junges Mädel mit süßem, reinem Gesicht: Dorette! Dank der Güte seiner Eltern war sie mit in Mahlow aufgewachsen. Sie, die Waise! Kein Sturm und kein Schmutz hatten an sie herangekonnt. Nicht an sie und nicht an Sibylle und Edelgard. Wer aber konnte denn behaupten, daß Lelia auch in solch einem schützenden Hafen aufgewachsen war?

Dorette! Wie er sie lieb hatte!

Aber schließlich durfte er den Irrtümern seines Lebens keinen neuen hinzufügen. Er war zu alt für Dorettes köstliche, unberührte Jugend. Viel besser paßte Ingenieur Barren zu ihr. Viel, viel besser!

Aber seltsam! Kein wildes Begehren war in ihm, wenn er an Dorette dachte. Nur ein tiefer, wütender Schmerz riß an seinem Herzen, wenn er es sich vergegenwärtigte, daß eines Tages Dorette die glückliche Frau Ingenieur Barren sein würde.

Ganz fest preßten sich seine Lippen zusammen. Ein Gedanke, den er in letzter Zeit des öfteren gehegt, wuchs immer deutlicher in ihm empor.

Fritz, sein junger Bruder, mußte sein Studium einmal so schnell wie möglich beenden, damit er Gut Mahlow bewirtschaften konnte. Denn er, Horst, wollte wieder nach Amerika!

Er würde immer einsam bleiben! Es war das Beste für ihn!

Doch jetzt fort mit diesen Gedanken! Vorläufig hatte er Pflichten übernommen. Einige Jahre mußte er schon noch in Mahlow bleiben. Es wäre denn, Schwager Korne käme auf sein Gut Sandersheim und sähe zugleich mit in Mahlow nach dem Rechten. Das mußte eben abgewartet werden.

Vorläufig hatte er noch einen Weg vor.

„Ist die gnädige Frau zu sprechen?"

Das niedliche Mädchen sah höflich-vertraulich auf den hochgewachsenen Fremden.

„Ich weiß es nicht genau. Eigentlich empfängt die gnädige Frau um diese Zeit nicht."

„Geben Sie bitte diese Karte ab", sagte er kurz.

Er schrieb schnell einige Worte auf die Rückseite der Karte, steckte sie in einen kleinen Umschlag und verschloß ihn dann.

Das Mädchen verschwand. Horst Mahlow wartete in dem vornehm eingerichteten Zimmer.

Würde Lelia sich sprechen lassen? Und was bezweckte er im Grunde genommen mit diesem Besuch?

Wollte er Lelia warnen? Denn ihr Hiersein sprach doch dafür, daß man sie bisher noch nicht gesucht hatte. War dieser Doktor Brech also doch noch so vornehm, daß er seine Frau nicht verriet?

Die Tür ging auf. Ein Mann trat herein! Wirr hing ihm das Haar in die Stirn.

Ludwig Möller!

„Guten Tag, Herr Mahlow. Sie wollen meine Frau sprechen, sagte mir das Mädchen. Das ist aber unmöglich. Ich wollte nicht, daß sie ins Gefängnis kam — ich habe sie erschossen!"

Ruhig, sachlich fielen die Worte.

Horst Mahlow faßte mit hartem Griff Möllers Hand.

„Ist das wahr?"

Der andere lächelte. Ein gutmütiges, hilfloses Lächeln!

„Ja! Es ist die Wahrheit. Sie wäre nie zur Ruhe gekommen. Sie hat sich immer wieder in neue, gefährliche Abenteuer gestürzt. Und ihr Komplice war wieder in der Nähe. Sie haben in letzter Zeit wieder eine neue Gemeinheit ausgeheckt! Ich weiß es. Ob es schon gelungen ist, diese Gemeinheit auszuführen, weiß ich nicht. Es ist ja auch gleich. Ganz gleich ist das jetzt. Ich habe Lelia geliebt! Doch sie hat mich nur um des Geldes willen genommen. Ich weiß es. Dennoch hätte ich nie von ihr lassen können. Denken Sie von mir, was Sie wollen. Von Doktor Brech war sie seit Jahren geschieden. Sie war meine rechtmäßige Frau!"

„Weshalb löste sie sich dann nicht ganz und gar von jenem Menschen?" fragte Mahlow tonlos.

Ein Achselzucken.

„Weiß man, was dieses oder jenes zu bedeuten hat im menschlichen Leben? Es bleibt da so vieles unverständlich."

„Sie hat jedenfalls ganz und gar unter dem Einfluß jenes Menschen gestanden?"

„Im Gegenteil, er unter dem ihrigen. Sie war die treibende Kraft, er das Werkzeug."

„Wer war diese Frau eigentlich?"

„Sie entstammte einer hochangesehenen Familie in der Pfalz. Ihre Angehörigen haben sich längst von ihr losgesagt. Was wollen Sie? Lelia brauchte das alles zu ihrem Leben. Mich hat sie ruiniert. Seelisch, körperlich, finanziell! Sie war ein Vampir, dem man freiwillig verfiel. Wohl dem, der die Kraft fand, sich zuletzt doch noch loszureißen. Ich hätte es nicht gekonnt. Ich habe das auch immer gewußt."

„Möller, warum dieses Letzte, Furchtbare? Für Sie stehen doch noch dreihunderttausend Mark auf Gut Sandersheim? Damit konnten Sie doch ein neues Leben beginnen?"

„Ohne Lelia nicht!" beharrte Möller.

Da sagte Horst Mahlow nichts mehr. Aber sein Hirn arbeitete fieberhaft. Jetzt war es doch seine Pflicht, die Behörde zu verständigen?

Möller lächelte plötzlich. Ein bezeichnender Blick von ihm ging zum Telephon.

„Sie brauchen jetzt nicht mit Ihrem Gewissen zu kämpfen, da Sie mich doch jetzt eigentlich der Polizei übergeben müßten. Man hat vor etwa einer Stunde angerufen und mich verständigt, daß man Doktor Brech verhaftet hat. Der habe bereits gestanden. Er habe aber seltsamerweise meine Frau mitbeschuldigt. Im Laufe des Nachmittags würde meine Frau einem Verhör unterzogen werden. Zwei Beamte würden also kommen. Wenn ich dafür einstände, daß meine Frau das Haus bis dahin nicht verließe, solle alles so unauffällig wie möglich geschehen. Unten steht seit jenem Telephongespräch ein einsames Auto. Wie so manches Mal eines stundenlang auf der Straße vor irgendeinem Hause hält. Die Vorhänge sind zugezogen, und ich weiß genau, daß kein Mensch das Haus verlassen kann, ohne gesehen zu werden. Die Leute im unteren Stock sind verreist. Es geht also schon aus diesem Grunde ruhig zu. Und ich habe mich gefreut, daß die Polizei mir nicht traut. Ich hätte Lelia nicht ausgeliefert. Niemals! Nun mögen sie alle kommen. Sie können ihr ja nichts mehr anhaben."

Hatte Möller bis jetzt ruhig und sachlich gesprochen, so befremdete nun seine fast kindische Freude um so mehr. Hatte all dieses Ungeheuerliche ihm vielleicht den Verstand geraubt? —

Es klopfte. Verstört meldete das Mädchen zwei Herren.

Es hatte der gnädigen Frau wie immer um diese Zeit den Tee bringen wollen — und fand das Zimmer verschlossen. Und dabei war doch irgendwo vorhin ein Schuß gefallen? Gerade, als sie der gnädigen Frau hatte den Besuch des Fremden anmelden wollen? Gleich darauf war Herr Möller aus dem Zimmer seiner Frau gekommen, war dann den langen Gang hinabgeschritten, um den Fremden selbst zu empfangen. Und nun war das Zimmer der gnädigen Frau verschlossen. Was hatte das nur alles zu bedeuten?

Ludwig Möller schickte das Mädchen fort, ging den beiden Herren entgegen und begrüßte sie kurz. Dann stellte er Horst Mahlow vor.

„Der Herr wußte auch, daß meine Frau mit Brech gemeinsame Sache gemacht hat. Er soll also jetzt ruhig dabei sein."

Die Herren schritten zu Lelias Zimmer. Möller zog den Schlüssel aus der Tasche und öffnete.

Die Beamten hatten sich einen befriedigten Blick zugeworfen. Nun aber prallten sie erschrocken zurück.

Am Fenster saß eine schöne schlanke, rotblonde Frau. Sie hatte den Kopf an die hohe Lehne des Sessels geschmiegt, und man hätte wohl denken können, daß sie schliefe. Doch ein feiner Blutstreifen rieselte über die Wange herab, und in der Schläfe befand sich ein kleines, dunkles Loch — brandig, gezackt!

Der Revolver lag auf dem großen Mitteltisch, zirka drei Meter von der Toten entfernt. Und Ludwig Möller hatte dieses Mordzimmer von außen aufgeschlossen!

Von einem einzigen Gedanken beseelt, traten beide Beamte gleichzeitig an Ludwig Möller heran.

Dieser lächelte.

„Ich hab's getan! Ich ganz allein! Weil ich sie vor dem Zuchthaus bewahren mußte", flüsterte er.

Er trat zu der Toten, strich liebkosend über ihr Gesicht. Unendlich zärtlich war diese Liebkosung. Dann trat er wieder zu den Herren.

„Darf ich noch notieren, wie hier alles geregelt werden soll? Sie muß ein gutes Begräbnis haben."

Man erlaubte es ihm.

Eine halbe Stunde später traf bereits die Staatsanwaltschaft ein, von einem der Beamten verständigt.

Horst Mahlow aber blickte immer wieder in das schöne, weiße, jetzt schon ganz starre Gesicht dort drüben.

Ein Drama ging seinem Ende zu! Ein unbegreifliches, erschütterndes Drama, dessen heutiges Geschehen aber doch vielleicht längst nicht das Schlimmste war.

Er bereute es nicht, gerade heute hierhergekommen zu sein. Es hatte wohl alles so sein müssen. Er wußte, daß er nun noch mit seinem Namen in dieses Drama hineingezogen wurde, aber auch das ließ ihn ruhig.

* * *

Es kam zur Verhandlung gegen Doktor Brech. Ludwig Möller hatte an einem Tage noch einmal dem Untersuchungsrichter alles genau auseinandergesetzt. Plötzlich war er vornüber gesunken.

Herzschlag! Das Barmherzigste, was diesem Manne noch beschieden sein konnte!

Mit dem Nachtzuge fuhr Horst Mahlow nach Hause.

Er würde noch einmal gerufen werden. Es ließ sich nicht umgehen, daß er in der Angelegenheit, die die tote Ellen betraf, in der Sache Brech als Zeuge vernommen wurde. Es war aber leicht möglich, daß sich die Untersuchung auch auf die Vergangenheit erstreckte und daß er darüber vernommen wurde.